

## Ostdeutsche Wirtschaft: Kräftige Konjunktur im Jahr 2014, Rückstand gegenüber Westdeutschland verringert sich aber kaum mehr\*

Hans-Ulrich Brautzsch, Franziska Exß, Cornelia Lang, Axel Lindner, Brigitte Loose,  
Udo Ludwig, Birgit Schultz

*Die Wirtschaft in Ostdeutschland dürfte im Jahr 2014 recht kräftig (um 1,8%) expandieren. Damit ist der Rückstand zu dem Expansionstempo in Westdeutschland (2%) deutlich geringer als in den Jahren zuvor, obwohl Bevölkerung und Erwerbspersonenpotenzial in Ostdeutschland weiter fallen und im Westen steigen. Die Gründe für die Dynamik im Osten sind konjunkturell: Wichtige Exportmärkte für die ostdeutsche Wirtschaft liegen vor allem im Euroraum und in den mitteleuropäischen Nachbarstaaten, und deshalb profitiert Ostdeutschland von der – wenn auch zumeist sehr verhaltenen – Besserung der Konjunktur in diesen Ländern besonders. Der dämpfende Effekt des Nachfragerückgangs aus Russland im Zusammenhang mit dem russisch-ukrainischen Konflikt ist begrenzt, denn das Land nahm im Jahr 2013 nur 3½% der ostdeutschen Exporte ab. Auch veranlasst die gute Konjunktur die Unternehmen in Deutschland dazu, ihre Lager aufzufüllen. Davon profitiert speziell das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe, denn dort hat die Produktion von Vorleistungsgütern, die bei einem Lageraufbau besonders gefragt sind, ein großes Gewicht.*

*Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ab dem Jahr 2015 wird den Durchschnittslohn im Osten deutlich stärker steigen lassen als in Westdeutschland, denn in Ostdeutschland arbeitet derzeit wohl fast jeder fünfte Arbeitnehmer für weniger als 8,50 Euro.*

*Die strukturellen Rückstände der ostdeutschen Wirtschaft gegenüber dem Westen verringern sich seit einigen Jahren aber kaum mehr. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner liegt bei etwa 67% des Westniveaus, die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte bei etwa 84%. Den Unterschied erklären zu einem Großteil Pendlereinkommen von Ostdeutschen und die regionale Umverteilung über das Rentenversicherungssystem. Der reale Konsum je Einwohner dürfte im Osten bei rund 90% des Westniveaus liegen.*

**Ansprechpartner:** Axel Lindner (Axel.Lindner@iwh-halle.de)

**JEL-Klassifikation:** E17, E27, R11

**Schlagwörter:** Konjunktur, Prognose, Produktion, Arbeitsmarkt, Konvergenz, Ostdeutschland, Westdeutschland

Tabelle 1:

Gesamtwirtschaftliche Prognose des IWH für Ostdeutschland (ohne Berlin) im Jahr 2014

	2011	2012	2013	2014
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>			
Bruttoinlandsprodukt, real	1,4	0,1	-0,1	1,8
Verarbeitendes Gewerbe	5,5	-1,9	-0,7	5,0
Baugewerbe	5,8	-4,0	-1,3	4,6
Handel, Verkehr, Gastgew., Information/Kommunikation	3,9	0,3	1,6	1,7
Finanzierung/Untern.-dienstl./Wohnungswesen	3,0	2,1	1,0	1,5
öffentl. u. sonst. Dienstl., Erziehung, Gesundheit, private Haushalte	-0,8	0,0	-1,0	0,0
	<i>in 1 000 Personen</i>			
Erwerbstätige (Inland)	5 808	5 819	5 806	5 820
Unterbeschäftigte	1 185	1 143	1 125	1 067
darunter:				
registrierte Arbeitslose	721	682	660	628
Arbeitslosenquote <sup>a</sup>	11,0	10,5	10,2	9,7
	<i>Produktivität</i>			
BIP (real) je Erwerbstätigenstunde, Zuwachs in %	1,2	0,5	1,3	1,1
BIP (nominal) je Erwerbstätigenstunde, ABL <sup>b</sup> = 100	70,1	70,5	71,4	71,4

<sup>a</sup> Registrierte Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – <sup>b</sup> ABL: Alte Bundesländer (mit Berlin).

Quellen: Arbeitskreise „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder“ (Veröffentlichung: März/Mai 2014) und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Veröffentlichung: März 2014); Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Prognose des IWH (Stand: 07.08.2014).

\* Dieser Beitrag wurde bereits als [IWH-Pressemitteilung 21/2014](#) am 11. August 2014 veröffentlicht.

Im Jahr 2014 ist die Konjunktur in Deutschland recht kräftig, und das gilt auch für die ostdeutsche Wirtschaft. Kräftige Impulse kommen von den dank einer guten Arbeitsmarktlage und stabiler Preise steigenden Einkommen der privaten Haushalte und sehr niedrigen Zinsen. Die Binnenkonjunktur wird auch von steigenden Häuserpreisen und einer regen Bautätigkeit gestützt. Die deutsche Finanzpolitik ist, vor allem wegen der Ausweitung sozialpolitischer Leistungen, expansiv ausgerichtet.

Dagegen kommen von Seiten des internationalen Umfelds weder stark positive noch dämpfende Impulse: Die Weltwirtschaft dürfte dieses Jahr in etwa so stark expandieren wie im Verlauf des vergangenen Jahres. Die USA befinden sich in einem verhaltenen Aufschwung, die Wachstumsdynamik in den Schwellenländern hat sich aber in den vergangenen Jahren verlangsamt. Die Wirtschaft im Euroraum außerhalb Deutschlands hat die Rezession zwar wohl überwunden, wegen ungelöster struktureller Probleme in wichtigen Mitgliedstaaten bleibt die Erholung aber anämisch. Recht deutlich hat sich dagegen schon seit dem vergangenen Jahr die Konjunktur in den Ostdeutschland benachbarten Visegrád-Ländern (Polen, die Tschechische Republik, Ungarn und die Slowakei) belebt. Der russisch-ukrainische Konflikt belastet vor allem die Konjunktur in weiter östlich gelegenen Ländern. So dürfte die Wirtschaft in Russland im Jahr 2014 in etwa stagnieren.

## Ostdeutschland zieht konjunkturell nach

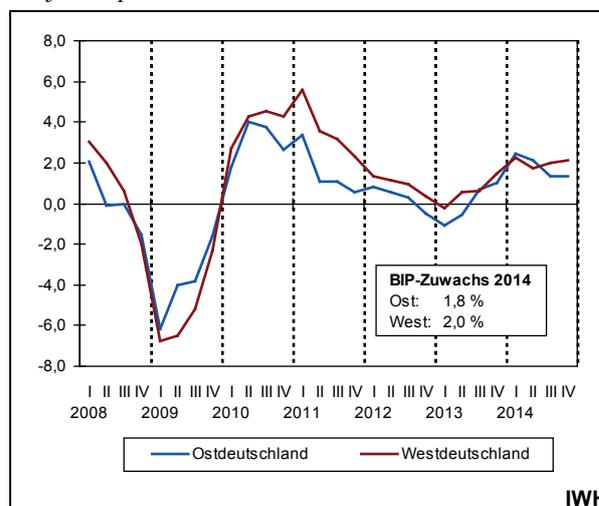
Der deutschlandweite Aufschwung hat die Hersteller an den Produktions- und Dienstleistungsstandorten in den Neuen Bundesländern in großer Breite erfasst. Zudem hat das Jahr 2014 mit einem Produktionsschub begonnen, der, was den Bausektor betrifft, auf das außerordentlich milde Winterwetter zurückzuführen ist. Darüber hinaus gibt es einen ostdeutschen Sondereffekt, der in der Wirtschaftsstruktur der Neuen Bundesländer begründet ist. Ihre Integration in den gesamtdeutschen Wirtschaftsraum erfolgt vorrangig über den Vorleistungsverbund mit den Herstellern von Investitions- und Konsumgütern sowie Exportgütern in den Alten Bundesländern. Deshalb ist der Lagerzyklus der deutschen Wirtschaft von besonderer Bedeutung für die ostdeutsche Industrie. In den ersten Monaten des Jahres profitierte sie davon, dass die Kundschaft vor allem in den Alten Bundesländern ihre Lager nach einem Tiefpunkt Ende 2013 wieder auffüllte.

Mit dem Wegfall der positiven Sondereffekte wird sich die wirtschaftliche Dynamik im weiteren Jahresverlauf deutlich verlangsamen.

Die aus der Eigendynamik der ostdeutschen Wirtschaft stammenden konjunkturellen Impulse bleiben schwach. So planen zwar die Produktions- und Dienstleistungsunternehmen in der Mehrzahl eine Ausweitung ihrer Investitionstätigkeit in diesem Jahr,<sup>1</sup> die hiesigen Produzenten von industriellen Investitionsgütern, beispielsweise die Maschinen- und Anlagenbauer,<sup>2</sup> vermissen indes noch entsprechende Auftragszuwächse. Auch ist die staatliche Förderung in Form der Investitionszulage ausgelaufen. Stärkere Impulse dürften indes die Bauunternehmen empfangen, da angesichts der unverändert günstigen Finanzierungsbedingungen und der verbesserten Einkommensverhältnisse der privaten Haushalte der Trend zum eigenen Wohnheim anhält und inzwischen auch der Wirtschaftsbau zulegt.

Abbildung 1:  
Reales Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Westdeutschland<sup>a</sup>

- arbeitstäglich bereinigte Werte, Veränderung gegenüber Vorjahresquartal in % -



<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; vierteljährliche Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts des IWH; Darstellung des IWH.

Auch die privaten Haushalte werden angesichts recht hoher Tarifabschlüsse und der Anhebung der Altersrenten Impulse an die Wirtschaft aussenden, zumal die Beschäftigung trotz der aufkommenden

<sup>1</sup> Vgl. [DIHK-Konjunkturumfragen](#) zu Jahresbeginn und im Frühsommer. Konjunktur in den Regionen, Berlin 2014.

<sup>2</sup> Vgl. [VDMA-Ost](#): Presseinformationen vom 15.04. und 15.07.2014.

Risiken durch die anstehende Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2014 per saldo steigen wird. Der anhaltende Rückgang der Einwohnerzahl in den Neuen Bundesländern wird jedoch weiterhin den Nachfragezuwachs an Konsumwaren sowie haushaltsnahen persönlichen Dienstleistungen und damit den Anstieg ihrer Produktion dämpfen.

Obwohl die ostdeutsche Wirtschaft hochgradig regional ausgerichtet ist, geht kein geringer Einfluss auf den Konjunkturverlauf in den ostdeutschen Flächenländern vom Geschehen auf den Märkten in den Alten Bundesländern, aber auch im Ausland aus. Der größte Hersteller handelbarer Güter, die Industrie, setzt immerhin rund zwei Drittel seiner Erzeugnisse außerhalb der Region ab. Besonders wichtige Absatzmärkte für die ostdeutsche Industrie sind der Euroraum, der sich in diesem Jahr freilich nur sehr zögerlich erholt, und die mittelosteuropäischen Mitgliedsländer der Europäischen Union, wo die Konjunktur deutlich anzieht.

Für die Industrie und das Baugewerbe bedeutet dieses Konjunkturbild im Jahresdurchschnitt kräftige Zuwächse an Wertschöpfung. Innerhalb der Industrie sind die Aussichten besonders für Produzenten von Investitions- und Vorleistungsgütern günstig. Verkehr und Lagerei, der Bereich Information und Kommunikation sowie die Unternehmensdienstleister dürften vom florierenden Geschäft der Industrie- und der Bauunternehmen kräftig mitgezogen werden. Die Wertschöpfung im Einzelhandel und im Gastgewerbe nimmt im Jahresverlauf zu, auch wenn die Zuwachsraten wegen der demographischen Entwicklung moderat sind. Der Großhandel wird generell an den Zuwächsen des Inlands- und Auslandsgeschäfts partizipieren. Die Finanzdienstleister dürften nach den flutbedingten Belastungen des Versicherungsgeschäfts im vergangenen Jahr die Wende ins Plus schaffen.

Alles in allem steigt das Bruttoinlandsprodukt in den Neuen Bundesländern<sup>3</sup> im Durchschnitt des Jahres um 1,8%, nach zwei Jahren der Stagnation (vgl. Tabelle 1). Ein Wachstumsabstand zu den Alten Bundesländern bleibt, allerdings dürfte er aufgrund der Sonderentwicklung im ersten Quartal deutlich geringer ausfallen als zuvor (vgl. Abbildung 1). Das Expansionstempo im Jahresverlauf bleibt jedoch wegen der Abflachung der konjunkturellen Dynamik nach dem starken Jahresauftakt

<sup>3</sup> Unter Einschluss Berlins dürfte sich das Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands im Jahr 2014 geringfügig stärker erhöhen.

und der relativ günstigen Startposition Ende des Jahres 2013 (statistischer Überhang) deutlich unter dem Zuwachs der Produktion gegenüber dem Vorjahr (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2:  
Statistische Komponenten der Veränderungsrate des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts

	2011	2012	2013	2014
statistischer Überhang <sup>a</sup>	1,2	0,4	-0,4	0,6
Jahresverlaufsrates <sup>b</sup>	0,7	-0,5	1,1	1,4
jahresdurchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	1,5	0,2	0,0	1,8
Kalendereffekt <sup>c</sup>	-0,1	-0,2	-0,1	0,0
jahresdurchschnittliche Veränderung	1,4	0,1	-0,1	1,8

<sup>a</sup> Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – <sup>b</sup> Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum entsprechenden Quartal des Vorjahres. – <sup>c</sup> In % des realen BIP.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: März 2014); Berechnungen des IWH.

Die günstigen Konjunkturaussichten für dieses Jahr unterscheiden sich erheblich von der Lage im vergangenen Jahr, als die Wirtschaftsleistung im Jahresdurchschnitt stagnierte. Das Verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe mussten damals im Schnitt erneut Leistungsrückgänge hinnehmen, die nur dank der Zuwächse im Bereich Handel und Verkehr sowie der gewerblichen Dienstleistungen kompensiert werden konnten (vgl. Tabelle 3).

So schrumpfte die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland, während sie im Westen geringfügig stieg. Die Schere zwischen der industriellen Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands ging weiter auf. In diesem Jahr dürfte sich die konjunkturelle Spaltung zwischen der Industrie in den beiden Regionen nicht fortsetzen. Trotzdem erreicht die Wertschöpfung im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe immer noch nicht ihr Niveau unmittelbar vor Ausbruch der Großen Rezession im Jahr 2008.

Am Bau war im Jahr 2013 die Produktion in beiden Teilen Deutschlands gesunken. Aufgrund der Unsicherheit auf den wichtigsten Absatzmärkten im Euroraum hielten sich die Unternehmen mit Investitionen in Bauten zurück. Aber auch die öffentliche Hand schraubt seit dem Auslaufen der Konjunkturpakete ihre Investitionen deutlich zurück; das trifft insbesondere für die Kommunen zu. Zudem war es im tendenziell aufwärtsgerichteten Wohnungsbau im ersten Halbjahr 2013 wegen des außergewöhnlich strengen Winters und der Flut zu

Tabelle 3:  
Reale Bruttowertschöpfung in Ost- und Westdeutschland<sup>a</sup>

- Veränderung in % gegenüber Vorjahr bzw. Vorkrisenniveau -

	2012	2013	2013/ 2008
<b>Ostdeutschland</b>			
Bruttowertschöpfung insgesamt	0,1	-0,0	0,6
<i>darunter:</i>			
Verarbeitendes Gewerbe	-1,9	-0,7	-4,0
Baugewerbe	-4,0	-1,3	3,1
Handel, Verkehr, Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	0,3	1,6	-0,9
Finanz-, Versicherungs-, Unter- nehmensdienstleister, Grund- stücks- und Wohnungswesen	2,1	1,0	9,0
öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit, private Haushalte	0,0	-1,0	-1,3
Bruttoinlandsprodukt	0,1	-0,1	0,6
<b>Westdeutschland</b>			
Bruttowertschöpfung insgesamt	0,8	0,5	3,4
<i>darunter:</i>			
Verarbeitendes Gewerbe	-0,6	0,2	4,2
Baugewerbe	-2,0	-0,3	4,9
Handel, Verkehr, Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	1,0	0,9	2,0
Finanz-, Versicherungs-, Unter- nehmensdienstleister, Grund- stücks- und Wohnungswesen	2,1	1,2	3,4
öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	1,1	0,2	5,9
Bruttoinlandsprodukt	0,8	0,5	3,4

<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: März 2014); Schätzungen und Berechnungen des IWH.

massiven Produktionsbehinderungen gekommen. Den größten Beitrag zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland haben im vergangenen Jahr Handel und Verkehr sowie die gewerblichen Dienstleister erbracht. Ihr Gewicht ist allerdings nach wie vor geringer als in Westdeutschland (vgl. Tabelle A2 im Anhang).

## Unternehmenssektor hat Stagnation im Lauf des Jahres 2013 überwunden

Nach länger anhaltender Stagnation hat der ostdeutsche Unternehmenssektor in der zweiten Hälfte

des Jahres 2013 auf Expansion umgeschaltet. Im Durchschnitt des Jahres blieb der Zuwachs an Wertschöpfung allerdings gering, wie auch bei seinem westdeutschen Pendant (0,3%) (vgl. Tabellen A1.1, A1.2 im Anhang). Vor allem in der Industrie war die Wertschöpfung in der ersten Jahreshälfte sogar zurückgegangen. Danach profitierte das Verarbeitende Gewerbe von der anziehenden Nachfrage. Insbesondere die Hersteller von industriellen Investitionsgütern konnten dank der kräftigen Auslandsnachfrage tendenziell zulegen. Vorleistungsgüter wurden ebenfalls verstärkt nachgefragt und produziert, wengleich die Zuwächse gering ausfielen. Die anziehende Konsumfreude der privaten Haushalte stimulierte zwar deutschlandweit die Produktion, den ostdeutschen Unternehmen kam dies aber aufgrund der hier rückläufigen Einwohnerzahl und der Produktpalette, die weniger auf die derzeit verstärkt nachgefragten langlebigen und hochwertigen Konsumgüter ausgerichtet ist, weniger zugute. Im Jahresdurchschnitt sank auch die Wertschöpfung im ostdeutschen Baugewerbe, obwohl es nach den witterungs- und flutbedingten Produktionsbehinderungen im Jahresverlauf zu einer kräftigen Erholung kam. Einzig Handel und Verkehr sowie die vorrangig für die Unternehmen tätigen gewerblichen Dienstleister haben im Jahr 2013 wie in Westdeutschland positive Beiträge zur Wertschöpfung geleistet.

Bei stagnierender Produktion bauten die Unternehmen geringfügig Personal ab. Die Zahl der Arbeitsstunden ging allerdings stärker zurück, sodass es im Unternehmenssektor zu einem deutlichen Produktivitätsanstieg pro Stunde gekommen ist (vgl. Tabelle 4). Die Anpassung des Arbeitsinputs an den aktuellen Produktionsstand verlief uneinheitlich. Während im Verarbeitenden Gewerbe die Arbeitsstunden unterproportional zur Wertschöpfung abgebaut wurden und damit Produktivitätsverluste eintraten, wirkte sich die Anpassung in den anderen Wirtschaftsbereichen günstig auf die Produktivität aus. So stieg die Stundenproduktivität im Baugewerbe und bei den gewerblichen Dienstleistern zum Teil kräftig.

Der Produktivitätsanstieg im Unternehmenssektor insgesamt ging mit einer größeren Steigerung der Arbeitskosten einher, sodass die Lohnstückkosten stiegen. Die Wettbewerbsposition gegenüber westdeutschen Produzenten veränderte sich dadurch jedoch kaum, da auch dort die Arbeitskosten stiegen (vgl. Tabelle A6 im Anhang).

Der Anstieg der Arbeitskosten beruht auf den hohen Tarifabschlüssen vor allem im Produzierenden

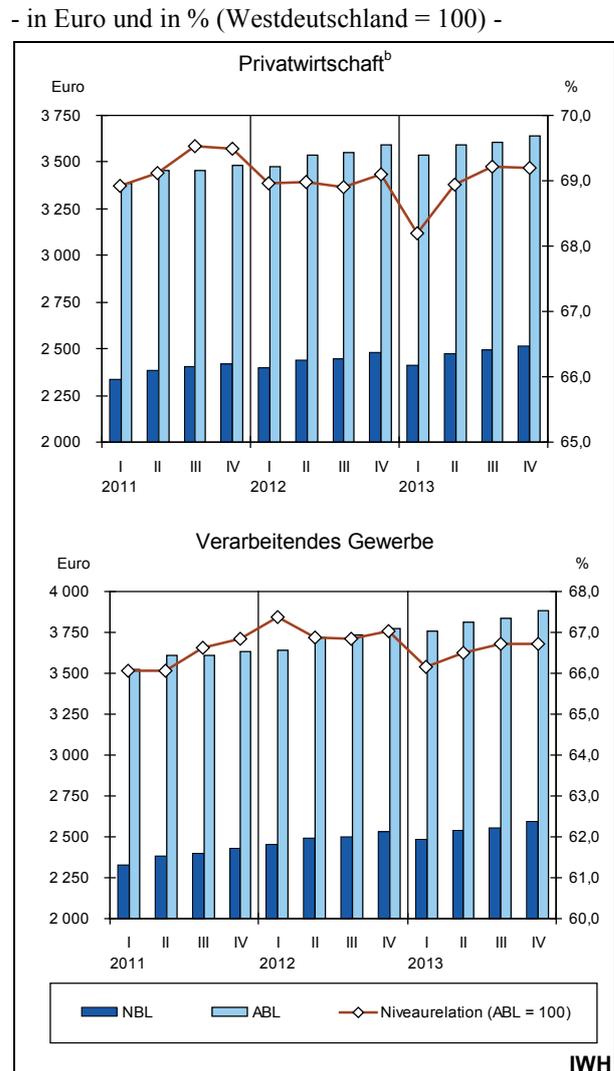
Tabelle 4:  
Produktion, Beschäftigung und nominale Lohnstückkosten in ausgewählten Wirtschaftsbereichen<sup>a</sup>  
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

	2011	2012	2013
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>			
Bruttowertschöpfung <sup>b</sup>	5,5	-1,9	-0,7
Erwerbstätige	3,3	1,6	0,1
Erwerbstätigenstunden	4,4	-0,3	-0,5
Produktivität <sup>c</sup>	1,0	-1,6	-0,2
Arbeitskosten <sup>d</sup>	1,8	3,4	3,1
Lohnstückkosten <sup>e</sup>	0,8	5,0	3,3
<b>Baugewerbe</b>			
Bruttowertschöpfung <sup>b</sup>	5,8	-4,0	-1,3
Erwerbstätige	1,7	-0,1	-1,2
Erwerbstätigenstunden	1,4	0,2	-2,3
Produktivität <sup>c</sup>	4,3	-4,1	1,0
Arbeitskosten <sup>d</sup>	2,8	1,4	-0,1
Lohnstückkosten <sup>e</sup>	-1,4	5,8	-1,1
<b>Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation</b>			
Bruttowertschöpfung <sup>b</sup>	3,9	0,3	1,6
Erwerbstätige	0,8	0,4	-0,3
Erwerbstätigenstunden	0,6	-0,2	-1,2
Produktivität <sup>c</sup>	3,3	0,5	2,9
Arbeitskosten <sup>d</sup>	2,6	2,4	3,7
Lohnstückkosten <sup>e</sup>	-0,7	1,9	0,8
<b>Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen</b>			
Bruttowertschöpfung <sup>b</sup>	3,0	2,1	0,9
Erwerbstätige	0,9	-0,3	0,5
Erwerbstätigenstunden	0,6	-0,7	-0,1
Produktivität <sup>c</sup>	2,4	2,8	1,1
Arbeitskosten <sup>d</sup>	3,6	3,9	2,9
Lohnstückkosten <sup>e</sup>	1,1	1,1	1,8
<b>insgesamt</b>			
Bruttowertschöpfung <sup>b</sup>	1,4	0,1	0,0
Erwerbstätige	0,1	0,2	-0,2
Erwerbstätigenstunden	0,2	-0,4	-1,3
Produktivität <sup>c</sup>	1,2	0,6	1,3
Arbeitskosten <sup>d</sup>	2,9	3,0	3,3
Lohnstückkosten <sup>e</sup>	1,7	2,4	2,0
<b>nachrichtlich: Unternehmen insgesamt<sup>f</sup></b>			
Bruttowertschöpfung <sup>b</sup>	2,1	-0,2	0,2
Erwerbstätige	1,5	0,4	-0,2
Erwerbstätigenstunden	1,5	-0,3	-1,0
Produktivität <sup>c</sup>	0,6	0,2	1,2
Arbeitskosten <sup>d</sup>	2,7	2,8	3,0
Lohnstückkosten <sup>e</sup>	2,1	2,6	1,8

<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin. – <sup>b</sup> Reale BWS (preisbereinigt, verketet). – <sup>c</sup> Reale BWS je Erwerbstätigenstunde. – <sup>d</sup> Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (Inland). – <sup>e</sup> Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde. – <sup>f</sup> Ohne öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, private Haushalte.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: März/Mai 2014); Berechnungen des IWH.

Abbildung 2:  
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer in Ost- und Westdeutschland<sup>a</sup>  
- in Euro und in % (Westdeutschland = 100) -



<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin. – <sup>b</sup> Produzierendes Gewerbe, marktbestimmte Dienstleistungen. – NBL: Neue Bundesländer, ABL: Alte Bundesländer.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung IWH.

Gewerbe (vgl. Abbildung 17). Die effektiv gezahlten Löhne blieben dahinter zurück (vgl. Abbildung 2), da sich die Tarifbindung in Ostdeutschland wieder leicht verringerte (von 49% auf 47%, vgl. Tabelle A5 im Anhang).

Die Summe der Löhne und Gehälter ist im Jahr 2013 in Ostdeutschland brutto um 2,4% und damit geringer als in Westdeutschland (3,1%) gestiegen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Zahl der Arbeitnehmer in Ostdeutschland stagnierte, während sie im Westen um 0,9% zulegte. Pro Arbeitnehmer stiegen die Löhne in Ostdeutschland sogar etwas schneller als im anderen Teil Deutschlands.

Kasten:  
Beschäftigungseffekte des Mindestlohns in Ostdeutschland

Ab dem 1. Januar 2015 wird in Deutschland ein flächendeckender Mindestlohn von 8,50 Euro brutto je Stunde eingeführt.<sup>a</sup> Die daraus resultierenden gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen für Produktion, Beschäftigung, Löhne, Preise und Einkommen lassen sich nur mit großer Unsicherheit abschätzen.<sup>b</sup> Es ist vor allem unklar, wie die Unternehmen auf die zu erwartenden höheren Lohnkosten reagieren werden.

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose hat im Frühjahr 2014 eine Schätzung der gesamtwirtschaftlichen Effekte des Mindestlohns in Deutschland vorgenommen.<sup>c</sup> Danach dürfte im Jahr 2015 infolge der Einführung des Mindestlohns mit Einbußen beim gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumen von etwa 0,3 Prozentpunkten zu rechnen sein.

In Ostdeutschland werden die Beschäftigungs- und Lohneffekte des Mindestlohns wohl deutlich höher ausfallen als in Westdeutschland. Die Ursache dafür liegt in dem wesentlich höheren Anteil von Beschäftigten mit einem Bruttostundenlohn von weniger als 8,50 Euro. So lag dieser Anteil in den Neuen Bundesländern im Jahr 2012 bei 22,4%, in Westdeutschland bei 10,7%.<sup>d</sup> Im Folgenden soll eine Abschätzung der Beschäftigungseffekte in Ostdeutschland vorgenommen werden. Dabei wird das von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose gewählte methodische Vorgehen mit den gleichen Annahmen angewandt.<sup>e</sup>

Die empirische Grundlage der Schätzungen ist das Sozio-oekonomische Panel (SOEP).<sup>f</sup> Der aktuellste Datensatz des SOEP liegt für das Jahr 2012 vor. Dort werden unter anderem Angaben zu Bruttolöhnen und Arbeitszeiten erhoben. Allerdings führen die Berechnungen mit Daten des SOEP zu niedrigeren Stundenlöhnen, als die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausweisen.<sup>g</sup> Ein Grund liegt darin, dass Urlaubs- und Krankheitstage nicht berücksichtigt werden. Zudem müssen die Angaben des SOEP auf die gesamtwirtschaftliche Ebene umgerechnet werden. Danach dürften Ende 2014 in Ostdeutschland knapp eine Million Arbeitnehmer – dies ist fast jeder fünfte Arbeitnehmer – zu einem Lohn von weniger als 8,50 Euro arbeiten; in Westdeutschland betrifft dies wohl fast jeden elften Arbeitnehmer.

Unsicher ist, wie viele Arbeitnehmer dann tatsächlich den Mindestlohn erhalten. So können bis Ende 2016 Arbeitnehmer, für die laut Tarifvertrag ein geringerer Lohn gilt, von der Regelung ausgenommen werden. Darüber hinaus fallen einige Personengruppen nicht unter die Mindestlohnregelung. Dazu zählen Auszubildende, ehrenamtlich Tätige und – unter bestimmten Bedingungen – Praktikanten. Ebenfalls sind Jugendliche ohne Berufsabschluss vom Mindestlohn ausgeschlossen, um so keine Anreize für einen Ausbildungsverzicht zu setzen. Schließlich darf bei Einstellung eines Langzeitarbeitslosen in den ersten sechs Monaten vom Mindestlohn nach unten abgewichen werden. Weitere Ausnahmen bzw. Sonderregelungen gibt es für Zeitungszusteller und Saisonarbeiter. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass die Regelungen durch Substitution von bezahlten in unbezahlte Überstunden, die Ausweitung von Werkverträgen, Auslagerungen der Produktionsprozesse oder ähnliche Ausweichstrategien umgangen werden. Insgesamt werden wohl deutlich weniger Arbeitnehmer von der Mindestlohnregelung betroffen sein, als es hochgerechnete SOEP-Angaben nahelegen. Bei den Berechnungen des IWH wird unterstellt, dass im Jahr 2015 etwa drei Viertel der Arbeitnehmer in Ostdeutschland im Niedriglohnbereich tatsächlich von der Mindestlohnregelung berührt werden.<sup>h</sup> Für diese Beschäftigten ergeben sich – im Fall der Weiterbeschäftigung – sehr deutliche Steigerungen der Stundenlöhne. Bei einem Teil der betroffenen Arbeitnehmer müssten die Bruttostundenlöhne um mehr als 100% erhöht werden. Im Durchschnitt würde der Stundenlohn um knapp ein Drittel steigen. Dies gilt jedoch nur, wenn die betroffenen Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Bisherige Schätzungen über die langfristige Lohnelastizität der Arbeitsnachfrage variieren beträchtlich.<sup>i</sup> Zudem werden sich die durch den Mindestlohn ausgelösten Anpassungen wohl über viele Jahre erstrecken. Für die Abschätzung der Wirkungen des Mindestlohns in Ostdeutschland im Jahr 2015 wird – in Anlehnung an die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – eine kurzfristige Lohnelastizität von -0,15 unterstellt.

Tabelle 5:  
Effekte des Mindestlohns in Ost- und Westdeutschland<sup>a</sup> im Jahr 2015<sup>b</sup>  
- Veränderung in Prozentpunkten durch Mindestlohneinführung -

	Ostdeutschland	nachrichtlich: Deutschland
Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen	-0,8	-0,3
Erwerbstätige <sup>c</sup>	-1,0	-0,4
Stundenlohn <sup>c</sup>	1,9	1,1
Bruttolöhne- und -gehälter <sup>c</sup>	1,1	0,7

<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin. – <sup>b</sup> Differenz der Veränderungsrate zwischen dem Szenario mit Mindestlohn und dem Referenzszenario ohne Mindestlohn. – <sup>c</sup> Im Inland.

Quellen: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, a. a. O., 35; Berechnungen des IWH.

Die Lohnzuwächse in den unteren Lohngruppen dürften zusammen mit der unterstellten kurzfristigen Lohnelastizität zu einem Rückgang des Arbeitsvolumens im ostdeutschen Niedriglohnbereich um etwa 4% führen. Damit dürfte das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen in Ostdeutschland um 0,8 Prozentpunkte niedriger sein als ohne Mindestlohneinführung (vgl. Tabelle 5). Da im Niedriglohnbereich das Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen unterdurchschnittlich ist, wird die Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland wohl durch diesen Effekt um 1,0 Prozentpunkte sinken. Die Bruttolöhne und -gehälter dürften um 1,1 Prozentpunkte zunehmen. Der effektive Stundenlohn dürfte um etwa 1,9 Prozentpunkte höher liegen als ohne Mindestlohnregelung.

Allerdings werden wohl auch die Verbraucherpreise in den besonders vom Mindestlohn betroffenen Branchen kräftig zulegen und den durch den Mindestlohn induzierten gesamtwirtschaftlichen Zuwachs der realen Arbeits-einkommen dämpfen. Auch könnten die Unternehmen versuchen, über eine bessere Stundenauslastung die Produktivität zu erhöhen. Die Unternehmensgewinne werden aufgrund der höheren Lohnkosten allerdings sinken; ein expansiver Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage insgesamt ist nicht zu erwarten.

Alles in allem ist davon auszugehen, dass durch die wesentlich höhere Betroffenheit von der Mindestlohnregelung die zu erwartenden Wirkungen in Ostdeutschland insgesamt gravierender sein werden als in Westdeutschland.

<sup>a</sup> Vgl. Bundesrat: Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie (Tarifautonomiestärkungsgesetz). [Drucksache 288/14 vom 11.07.2014](#). – <sup>b</sup> Zur aktuellen Diskussion zum Mindestlohn sowie zu den Problemen bei der Abschätzung der Effekte der Mindestlohneinführung vgl. *Knabe, A.; Schöb, R.; Thum, M.*: Der flächendeckende Mindestlohn, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, Vol. 15 (2), 2014, 133-157. – <sup>c</sup> Vgl. *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose*: Deutsche Konjunktur im Aufwind – aber Gegenwind von der Wirtschaftspolitik. *Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2014*, 34-36. – <sup>d</sup> Vgl. zur Methodik der Berechnung *Brautzsch, Hans-Ulrich; Schultz, Birgit*: Im Fokus: Mindestlohn von 8,50 Euro: Wie viele verdienen weniger, und in welchen Branchen arbeiten sie?, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 19 (3), 2013, 53-56. – <sup>e</sup> Im Folgenden werden nur die Beschäftigungs- und Lohneffekte der Mindestlohneinführung für Ostdeutschland betrachtet. – <sup>f</sup> Infrage kommt auch die Verdienststrukturerhebung (vgl. *Statistisches Bundesamt: Fachserie 16: Verdienste und Arbeitskosten: Verdienststrukturen*). Der Vorteil dieser Statistik ist die – verglichen mit dem SOEP – wesentlich höhere Fallzahl. Allerdings liegen hier die Daten nur bis zum Jahr 2010 vor. – <sup>g</sup> Zu den generellen Problemen bei der Berechnung von Stundenlöhnen bei Verwendung des SOEP vgl. *Schupp, J.*: Wer profitiert vom Mindestlohn?, in: *DIW-Wochenbericht*, 6/2014, 112. – <sup>h</sup> Es wird angenommen, dass in Ostdeutschland im Jahr 2015 die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt in etwa auf dem Stand des Vorjahres liegen wird. – <sup>i</sup> Vgl. hierzu die Übersicht bei *Sinn, H.-W. et al.*: *Redesigning the Welfare State: Germany's Current Agenda for an Activating Social Assistance*. Elgar: Cheltenham, 2006, 145.

Die Einführung des Mindestlohns (zu den gesetzlichen Regelungen und den zu erwartenden Effekten vgl. Kasten Mindestlohn) dürfte zu weiterhin kräftiger steigenden Löhnen je Arbeitnehmer in Ostdeutschland führen. Dies wird wohl bereits im Jahr 2014 zu beobachten sein und sich im Jahr darauf weiter verstärken. Allerdings dürfte das Risiko, arbeitslos zu werden, für die vom Mindestlohn betroffenen Arbeitnehmer zunehmen.

### **Industrie: Nach zwei schwachen Jahren kräftige Erholung im Jahr 2014**

#### *Sinkende Produktion im Jahr 2013*

Im Jahr 2013 musste das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland erneut Produktionsrückgänge verwinden. Mit 1,1% fielen sie aber nicht so stark aus wie im Jahr 2012 (–1,8%). Die Hersteller von Konsumgütern konnten die Produktion in etwa stabil halten. Auch im Vorleistungsgütergewerbe gab es im Jahr 2013 geringere Produktionsrückgänge als 2012, gleichwohl waren sie mit 1,5% immer noch überdurchschnittlich hoch. Bei den Investitionsgüterproduzenten verringerte sich die Produktion

stärker als im Jahr 2012 (vgl. Tabelle 6). Damit entwickelte sich die Produktionsleistung in der ostdeutschen Industrie schwächer als in der westdeutschen, die eine schwarze Null vorweisen kann.

Der Blick auf ausgewählte Branchen zeigt, dass die Produktion vor allem bei der Gewinnung von Steinen und Erden und in der Gummi- und Kunststoffindustrie gegenüber 2012 deutlich anzog. Beide Sparten liefern Vorleistungsgüter, die für die Bauwirtschaft relevant sind, und haben wohl von der sich im Verlauf des Jahres 2013 bessierenden Baukonjunktur in den Neuen Bundesländern profitiert.

Auch im Jahr 2013 ist das Vorleistungsgütergewerbe die fachliche Hauptgruppe mit dem größten Anteil am Umsatz der Industrie (vgl. Tabelle 7). Bezogen auf die Exportumsätze ist der Abstand zwischen Vorleistungs- und Investitionsgütergewerbe allerdings geringer als beim Gesamtumsatz. Die Investitionsgüterbranchen in den Neuen Bundesländern sind also exportorientierter als das Vorleistungsgütergewerbe.

In der westdeutschen Industrie ist das Investitionsgütergewerbe die umsatzstärkste Gruppe. Die

Tabelle 6:  
Produktion in der ostdeutschen<sup>a</sup> Industrie<sup>b</sup>  
- Veränderung des Produktionsindex gegenüber Vorjahr  
in %; Index 2010 = 100 -

	2012	2013	ABL <sup>c</sup> 2013
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	-1,8	-1,1	0,1
Vorleistungsgüter	-2,6	-1,5	0,0
Investitionsgüter	-0,4	-0,9	0,4
Konsumgüter	-2,8	-0,1	0,6
ausgewählte Branchen (WZ 2008)			
28 Maschinenbau	2,9	-2,2	-1,5
27 Herstellung elektrischer Ausrüstungen	-1,0	-8,9	-2,1
13 Textilindustrie	-5,8	-2,7	-0,3
29 Kraftfahrzeugbau	-5,7	1,3	-3,2
24, 25 Metallindustrie	-1,1	-0,9	0,9
20 Chemische Industrie	-5,4	-0,1	0,8
22 Gummi-, Kunststoff-industrie	-2,6	2,2	1,3
08 Gewinnung von Steinen und Erden	-10,0	2,0	0,7
23 Glas, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	-2,7	-1,6	-0,3
10, 11 Ernährungsgewerbe	-0,3	0,6	-0,2
19 Mineralölindustrie	0,1	-4,8	-2,3
18 Druckereien etc.	1,4	-5,4	-3,9

<sup>a</sup> Ostdeutschland mit Berlin. – <sup>b</sup> Betriebe von Unternehmen mit mindestens 50 Beschäftigten im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe. – <sup>c</sup> Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Sparte realisiert dort auch mehr als die Hälfte der Auslandsumsätze der Industrie (56,8%). Der entsprechende Anteil der Hauptgruppe in Ostdeutschlands Industrie ist mit 37,9% deutlich kleiner.

Im Jahr 2013 verharrte die Zahl der Erwerbstätigen in den ostdeutschen Industrieunternehmen etwa auf Vorjahresniveau, und die Erwerbstätigenstunden gingen zum zweiten Mal in Folge leicht zurück (-0,5%, vgl. Tabelle 4).

Die reale Bruttowertschöpfung sank um 0,7% gegenüber dem Vorjahr. Der Rückgang der Produktivität war mit -0,2% geringer als im Vorjahr. Gestiegenes Arbeitnehmerentgelt und eine nahezu stagnierende Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde haben die realen Lohnstückkosten zum zweiten Mal seit 2011 kräftig ansteigen lassen. Die ostdeutsche Industrie hat im vergangenen Jahr gemessen an den Lohnstückkosten etwa einen halben Punkt an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der westdeutschen Industrie eingebüßt (vgl. Tabelle A6 im Anhang).

Tabelle 7:  
Umsatzstruktur Industrie<sup>a</sup> nach Hauptgruppen im Ost-West-Vergleich<sup>b</sup>  
- Anteile in % -

	2009	2010	2011	2012	2013
Ostdeutschland					
Umsatz insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Vorleistungsgüter + Energie	42,0	44,1	45,4	44,4	44,2
Investitionsgüter	29,2	29,2	29,9	30,7	30,4
Konsumgüter	28,8	26,7	24,7	24,8	25,4
Auslandsumsatz	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Vorleistungsgüter + Energie	40,1	42,0	42,5	40,8	40,8
Investitionsgüter	38,1	37,7	38,0	38,7	37,9
Konsumgüter	21,8	20,4	19,5	20,6	21,3
Westdeutschland					
Umsatz insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Vorleistungsgüter + Energie	38,1	40,2	40,9	40,0	39,3
Investitionsgüter	43,3	42,9	43,0	43,6	44,1
Konsumgüter	18,6	16,8	16,1	16,4	16,7
Auslandsumsatz	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Vorleistungsgüter + Energie	33,0	33,2	33,4	32,7	32,0
Investitionsgüter	54,9	55,8	55,8	56,4	56,8
Konsumgüter	12,1	11,0	10,8	10,9	11,1

<sup>a</sup> Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe. – <sup>b</sup> Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

### *Inlandsmärkte wieder stärker im Blickfeld, Bedeutung Russlands als Absatzmarkt begrenzt*

Die Hauptabsatzmärkte der ostdeutschen Industrie liegen in Deutschland (vgl. Tabelle 8). Innerhalb des Bundesgebiets hat sich der Anteil zuletzt nur wenig weiter in Richtung der Alten Bundesländer verschoben. Die Neuen Bundesländer selbst absorbierten im Jahr 2012, für das aktuell Daten verfügbar sind, knapp ein Drittel des eigenen Industrieumsatzes. Damit hat sich der Bedeutungsverlust der Märkte vor der Haustür, der geraume Zeit anhielt, vorläufig nicht fortgesetzt. Das Gros des Absatzes in den Alten Bundesländern bilden Vorleistungsgüter, die dort als Zulieferungen in die Endproduktfertigung eingehen.

Die Auslandsorientierung der ostdeutschen Industriebetriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten ist im vergangenen Jahr nicht

mehr gestiegen, während die gleiche Unternehmensgruppe in den Alten Bundesländern ihre Exportquote weiter in Richtung 50% erhöhte (vgl. Tabelle 9).

Tabelle 8:

Absatzmärkte des ostdeutschen<sup>a</sup> Verarbeitenden Gewerbes

- Anteil am Umsatz in % -

	Ost-deutschland	West-deutschland	Ausland
2000	45,3	36,7	18,0
2005	37,6	38,2	24,2
2009	33,8	39,5	26,7
2010	34,2	35,7	30,1
2011	30,5	37,2	32,3
2012	31,9	37,7	30,4

<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: IAB-Betriebspanel 2001, 2006, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013 (auf Grundgesamtheit hochgerechnet); Berechnungen des IWH.

Tabelle 9:

Exportquoten der Industrie<sup>a</sup> im Ost-West-Vergleich<sup>b</sup>

- Anteil Auslandsumsatz am Gesamtumsatz in % -

	2009	2010	2011	2012	2013
Ostdeutschland insgesamt	30,8	31,8	32,3	33,5	33,4
Vorleistungsgüter + Energie	29,4	30,3	30,2	30,7	30,8
Investitionsgüter	40,3	41,1	40,9	42,1	41,7
Konsumgüter	23,3	24,3	25,5	27,7	28,1
Westdeutschland insgesamt	43,9	46,0	45,9	46,4	47,3
Vorleistungsgüter + Energie	38,0	37,9	37,5	37,8	38,6
Investitionsgüter	55,6	59,7	59,5	60,1	61,0
Konsumgüter	28,6	30,1	30,7	31,0	31,6

<sup>a</sup> Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe. – <sup>b</sup> Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Eine wesentliche Ursache dafür dürfte sein, dass die europäischen Nachbarländer und der Euroraum als Absatzmärkte für die ostdeutsche Exportwirtschaft eine besonders große Bedeutung haben (vgl. Tabelle 10), nicht zuletzt, weil die in Ostdeutschland besonders wichtige Produktion von Vorleistungen wenig außereuropäischen Absatz findet. Wohl vor allem infolge der schwachen Konjunktur in Europa hat sich das Auslandsgeschäft der ostdeutschen Unternehmen in den Jahren 2012 und 2013 schlechter entwickelt als das der westdeutschen.

Insgesamt exportieren die Neuen Bundesländer neben Vorleistungsgütern, insbesondere der Chemischen Industrie, vor allem Investitionsgüter, in erster Linie Maschinen und Kraftfahrzeuge (vgl. Tabelle 11). Das gilt für alle größeren Absatzregionen.

Tabelle 10:

Absatzgebiete der ostdeutschen Industrie<sup>a</sup> im Ausland

- Anteile in % -

	2009	2010	2011	2012	2013
Auslandsumsatz	100	100	100	100	100
mit Euroraum					
NBL <sup>b</sup>	48,4	47,8	49,4	44,4	44,2
<i>nachr.:</i> ABL <sup>c</sup>	46,2	43,7	43,0	40,6	39,1
mit sonst. Ausland					
NBL <sup>b</sup>	51,6	52,2	50,6	55,6	55,8
<i>nachr.:</i> ABL <sup>c</sup>	53,8	56,3	57,0	59,4	60,9

<sup>a</sup> Betriebe von Unternehmen mit mindestens 50 Beschäftigten im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe. – <sup>b</sup> Neue Bundesländer mit Berlin. – <sup>c</sup> Alte Bundesländer ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle 11:

Ausgewählte Güterabteilungen des ostdeutschen Exports im Jahr 2013 nach Absatzregionen

- Anteil am Export in % -

	Welt insg.	Euro-zone	MOE: EU-Mitgl.	Russ-land	Ukraine
Nahrungsmittel	6,3	9,9	6,9	6,4	6,3
chemische Erz.	10,3	12,8	11,7	7,9	10,8
pharmazeut. Erz.	6,3	7,4	3,0	8,1	10,7
Metallerzeugung, -bearbeitung	5,4	6,2	10,9	1,8	3,8
Investitionsgüter	38,6	30,5	27,3	51,2	37,8
<i>darunter:</i>					
Maschinenbau	12,1	9,4	11,4	20,4	19,2
Kraftwagen	19,4	13,5	13,2	25,1	14,3
Energie	1,8	1,0	7,2	0,3	0,5

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Aktuell zeichnet sich infolge des russisch-ukrainischen Konflikts für das Jahr 2014 ein deutlicher Rückgang der Exporte in diese beiden Länder ab; so lagen die gesamtdeutschen Warenexporte nach Russland im Zeitraum zwischen Juni und Mai etwa 15% unter ihrem Vorjahresniveau. Für Ostdeutschland ist, wie für Deutschland als Ganzes, Russland als Absatzmarkt allerdings nur von begrenzter Bedeutung. Sein Anteil an den Gesamtexporten ostdeutscher Unternehmen lag im vergan-

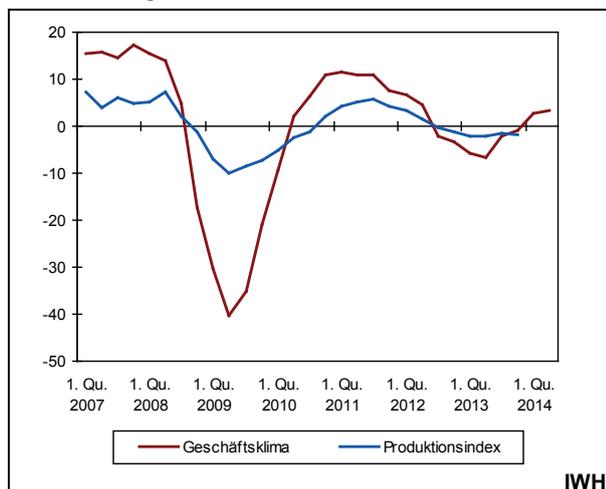
genen Jahr bei 3,5% (Ukraine: 0,7%). Einen besonderen Schwerpunkt bilden die überdurchschnittlich hohen Verkäufe von Maschinen und Kraftfahrzeugen. Die ostdeutsche Industrie ist dort wohl relativ stark in die Modernisierung des Kapitalstocks eingebunden. Allerdings hängt Ostdeutschland stark von den Lieferungen an Erdöl und Erdgas aus Russland ab. Sie umfassten im vergangenen Jahr 96% der gesamten Importe von dort.

Die mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländer der Europäischen Union sind als Absatzgebiete der ostdeutschen Industrie mit einem Anteil von knapp 18% am Gesamtexport viel wichtiger. Deutlich hebt sich hier der Intrahandel im Metallbereich über die Ländergrenzen ab. Seine Produkte gehen in die Wertschöpfungsketten der Hersteller von Maschinen, Kraftfahrzeugen und anderen Investitionsgütern ein, die in alle Welt verkauft werden.

### *Erholung des Verarbeitenden Gewerbes seit Sommer 2013*

Ab Jahresmitte 2013 erwärmte sich das Geschäftsklima in Ostdeutschland spürbar, auch wenn die Produktion weiter stagnierte (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3:  
Geschäftsklima und Produktion<sup>a</sup> im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe  
- Abweichung vom Trend in % -



<sup>a</sup> Das Geschäftsklima entspricht dem geometrischen Mittel aus den Meldungen der vom IWH befragten Unternehmen zu Geschäftslage und Geschäftsaussichten. Diese Komponenten werden als Saldo aus den Prozentanteilen der positiven und negativen Urteile der Unternehmen quantifiziert. Als Referenzgröße wird der Produktionsindex des Verarbeitenden Gewerbes verwendet, der vom Statistischen Bundesamt vierteljährlich veröffentlicht wird (Trendbereinigung nach BV4).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen, Berechnungen und Darstellung des IWH.

Hier schlug sich wohl nieder, dass die Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum allmählich überwunden wird. Die Bestelltätigkeit aus dem In- und Ausland nahm zu. Vor allem die Vorleistungsgüterproduzenten profitierten von der langsam anziehenden Konjunktur im Euroraum, aber auch von der gestiegenen Nachfrage im Inland. Hierbei dürfte auch die sich im Verlauf bessernde Baukonjunktur eine Rolle gespielt haben. Im Investitionsgütergewerbe war die Bestelltätigkeit verhaltener, die Investoren waren wohl über weite Strecken noch verunsichert (vgl. Übersicht 1 und Übersicht 2 im Anhang). Zum Jahresbeginn 2014 war diese Durststrecke überwunden.

Die Hersteller von Vorleistungsgütern konnten im ersten Quartal 2014 auf nochmals steigende Auftragseingänge aus dem In- und Ausland verweisen. Gleiches gilt für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt. Die gute konjunkturelle Stimmung im ersten Quartal deutet vor allem wegen der aufwärtsgerichteten Erwartungen auf eine kräftige Ausweitung der Produktion hin. Nach vorliegender Prognose legt die Wertschöpfung im laufenden Jahr um 5% zu.

### *Baukonjunktur zieht 2014 an, auch beflügelt durch milden Winter und Flutmaßnahmen*

Das ostdeutsche Baugewerbe hatte in den vergangenen beiden Jahren mit Raten von -4% bzw. -1,3% deutliche Wertschöpfungsverluste eingefahren (vgl. Tabelle 4). Der Wirtschaftsbau litt in diesen Jahren unter der Verunsicherung der Unternehmen, die aufgrund der Eurokrise geplante Investitionsprojekte zunächst zurückhielten. Aber auch die öffentliche Hand hatte nach den umfangreichen Investitionsmaßnahmen aus den Konjunkturpaketen, beginnend mit dem Jahr 2012, ihre Investitionen deutlich zurückgeschraubt. Angesichts niedriger Zinsen, guter Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung sowie wenig attraktiver alternativer Anlagemöglichkeiten zog der Wohnungsbau zwar tendenziell an. Allerdings hatten in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres widrige Witterungsverhältnisse einschließlich der Flut die Bauarbeiten massiv behindert (vgl. Abbildung 4). Die deutliche Erholung in der zweiten Jahreshälfte 2013 konnte die Rückgänge von zuvor nicht mehr ausgleichen, zumal die konjunkturelle Entwicklung durch dämpfende strukturelle Faktoren überlagert wird. Hier sind vor allem die ungünstige demographische Entwicklung und die deshalb langfristig beschränkten Vermarktungsaussichten, die im Vergleich zu Westdeutschland deutlich geringeren finanziellen Vermögensbestände der

private Haushalte und die verbreitet mangelhafte Finanzausstattung der Kommunen zu nennen. Die Bauunternehmen reagierten mit Beschäftigungsabbau und zuletzt auch mit einer deutlichen Reduzierung des Arbeitsvolumens. In Westdeutschland fiel der Rückgang der Bruttowertschöpfung erheblich geringer aus als im Osten (vgl. Tabelle A1.1 und A1.2 im Anhang). Aufgrund erheblicher Migrationszugewinne und hohen Investoreninteresses ist es dort sogar zu einer deutlichen Ausweitung im Wohnungsneu- und -ausbau gekommen. Vor diesem Hintergrund haben die westdeutschen Bauunternehmen sogar Beschäftigung aufgebaut, und die ostdeutschen Bauunternehmen haben, folgt man den Aussagen des IAB-Betriebspanels, wohl Marktanteile in Westdeutschland verloren (vgl. Tabelle 12).

Tabelle 12:  
Regionale Umsatzstruktur des Baugewerbes außerhalb der Neuen Bundesländer<sup>a</sup>  
- Anteil der Regionen am Umsatz in % -

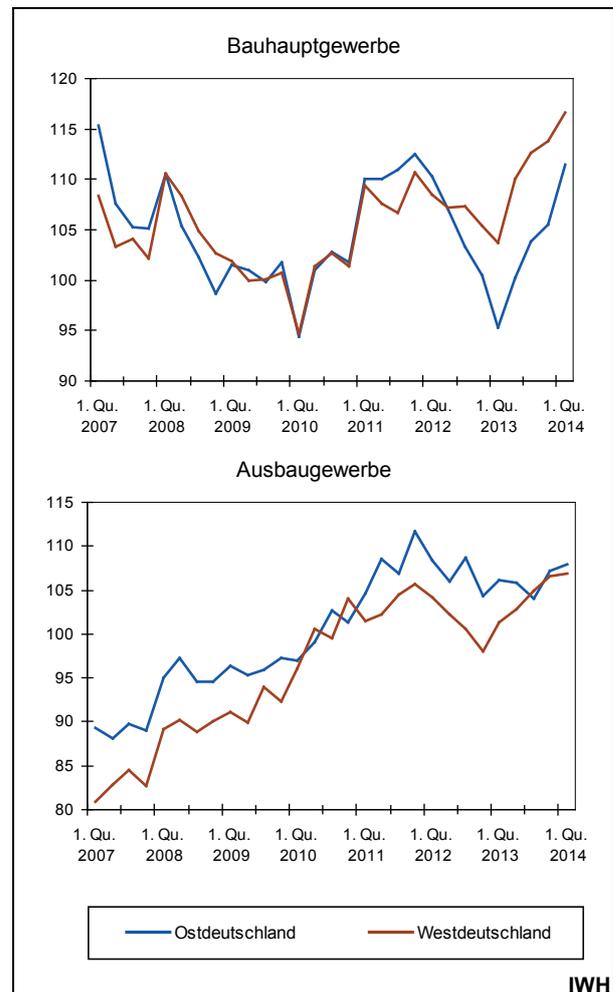
	Baugewerbe		darunter			
	Ausland	ABL <sup>b</sup>	Hoch- und Tiefbau		Ausbau	
			Ausland	ABL <sup>b</sup>	Ausland	ABL <sup>b</sup>
2000	0,9	13,2	1,1	12,5	0,6	14,2
2005	2,4	19,0	3,1	14,3	1,5	25,5
2009	3,6	22,8	2,5	22,6	4,4	22,9
2010	3,1	23,1	0,8	21,1	4,5	24,4
2011	3,3	25,2	1,0	21,1	4,9	27,8
2012	2,7	20,8	0,6	15,2	3,8	23,7

<sup>a</sup> Neue Bundesländer ohne Berlin. – <sup>b</sup> Alte Bundesländer mit Berlin.  
Quellen: IAB-Betriebspanel 2001, 2006, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013 (auf Grundgesamtheit hochgerechnet); Berechnungen des IWH.

Die von den ostdeutschen Bauunternehmen über einen deutlich geringeren Arbeitseinsatz eingeleitete Anpassung hat die Produktivität erhöht und die Lohnstückkosten sinken lassen. Die Produktivitätslücke des ostdeutschen Baugewerbes ging im Jahr 2013 um zwei Prozentpunkte auf nunmehr 23% zurück (vgl. Tabelle A3 im Anhang). Da die Arbeitskosten im Wesentlichen auf dem Niveau des Jahres 2012 stagnierten, konnten die Lohnstückkosten ebenfalls um zwei Prozentpunkte reduziert werden und liegen mit 96% des westdeutschen Niveaus vergleichsweise niedrig.

In das Jahr 2014 ist das ostdeutsche Baugewerbe wie auch in Deutschland generell mit einem kräftigen Produktionsschub gestartet. Ausschlaggebend war das außergewöhnlich milde Winterwetter ohne Produktionsbehinderungen. Im ostdeutschen Bau-

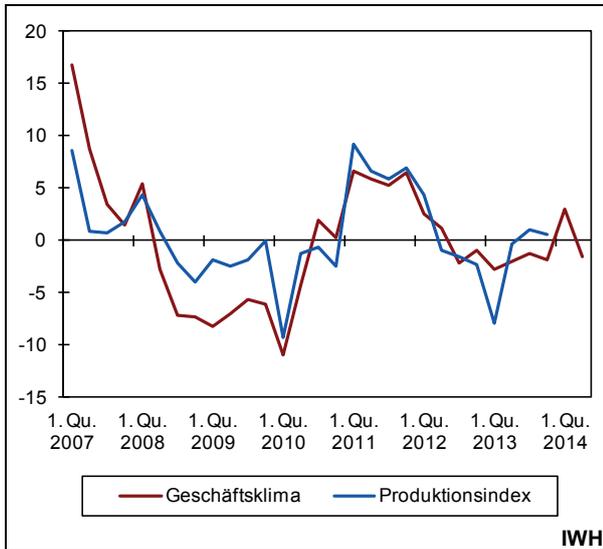
Abbildung 4:  
Umsatz Baugewerbe: Sparten und Regionen im Vergleich  
- preis- und saisonbereinigt, Index: 2010 = 100 -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

hauptgewerbe haben die Umsätze im ersten Quartal sogar kräftiger zugelegt als in Westdeutschland (vgl. Abbildung 4). Dies dürfte zum Großteil einem Basiseffekt geschuldet sein, da der Wintereinbruch in dem für die Saisonbereinigung wichtigen Bezugsjahr 2013 in Mitteldeutschland außergewöhnlich stark war. Im weniger winterabhängigen Ausbau waren die Zuwächse in Ost und West zuletzt auch aufwärtsgerichtet, aber eher moderat. Insgesamt ist die konjunkturelle Entwicklung im Baugewerbe im ersten Quartal aber überzeichnet. Im Folgequartal dürfte, wie das vom IWH erhobene Geschäftsklima bei ostdeutschen Bauunternehmen signalisiert (vgl. Abbildung 5), eine Anpassung nach unten erfolgen. Im weiteren Jahresverlauf setzt sich dann aber der Aufwärtstrend wieder durch. So ist noch mit Baumaßnahmen zur Beseitigung der Flutschäden aus

Abbildung 5:  
Geschäftsklima und Produktion<sup>a</sup> im ostdeutschen  
Baugewerbe  
- Abweichung vom Trend in % -



<sup>a</sup> Das Geschäftsklima entspricht dem geometrischen Mittel aus den Meldungen der vom IWH befragten Unternehmen zu Geschäftslage und Geschäftsaussichten. Diese Komponenten werden als Saldo aus den Prozentanteilen der positiven und negativen Urteile der Unternehmen quantifiziert. Als Referenzgröße wird der Produktionsindex verwendet, der vom Statistischen Bundesamt vierteljährlich für das Bauhauptgewerbe veröffentlicht wird.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen, Berechnungen und Darstellung des IWH.

dem vergangenen Jahr zu rechnen. Tendenziell dürfte der öffentliche Bau, wie die Auftragseingänge und die Baugenehmigungen zeigen, aber eher verhalten expandieren, nicht zuletzt, weil die Haushaltslage in vielen ostdeutschen Kommunen angespannt bleibt. Andererseits deutet sich im Sog der allgemeinen konjunkturellen Erholung eine Kräftigung des Wirtschaftsbaus an (vgl. Übersicht 3 und 4 im Anhang). Diese kommt wohl weniger aus dem Verarbeitenden Gewerbe, denn der Auslastungsgrad ist in den ostdeutschen Industrieunternehmen nach wie vor geringer als in Westdeutschland.<sup>4</sup> Die Baugenehmigungen für Fabrik- und Werkstattgebäude waren zwar im Sommerhalbjahr 2013 deutlich gestiegen; neue Impulse gingen seitdem von hier aber nicht mehr aus. Auch die Investitionsplanungen laut IWH-Umfrage (vgl. Tabelle 13) signalisieren zwar eine etwas stärkere Investitionsneigung für Bauten, wohl auch, weil nun die Investitionszulage für Sachgüter ausgelaufen ist und somit mehr Mittel für die Gebäudesanierung zur Verfügung stehen. Die Dynamik bleibt aber wohl immer noch hinter der von Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen im Maschi-

<sup>4</sup> Vgl. ifo-Konjunkturtest für Ostdeutschland.

nenpark zurück. Verstärkte Impulse dürften allerdings laut Genehmigungsstatistik von den Dienstleistungen ausgehen; so nahmen insbesondere die Anträge bei Bürogebäuden, Handels- und Lagergebäuden sowie Hotels und Gaststätten zuletzt zu.

Tabelle 13:  
Investitionsneigung der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes  
- Prozentanteile saldiert<sup>a</sup> -

Investitionen insgesamt	2013 gegenüber 2012	Plan 2014 gegenüber 2013
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	2,9	3,7
davon:		
Ausrüstungsinvestitionen	5,8	5,5
Bauinvestitionen	0,7	2,9

<sup>a</sup> Anteil der „höher“-Meldungen minus Anteil der „geringer“-Meldungen.

Quelle: IWH-Industrienumfrage vom März 2014.

Im Wohnungsbau sind die Auftragseingänge auch zu Jahresbeginn weiter gestiegen (vgl. Übersicht 3 im Anhang). Zuwächse sowohl für den Neubau als auch für die Baumaßnahmen im Wohnungsbestand signalisieren auch die weiterreichenden Baugenehmigungen in den fünf ostdeutschen Flächenländern (vgl. Übersicht 4 im Anhang). Neben dem Ein- und Zweifamilienhausbau zieht zuletzt auch stark der von gewerblichen Investoren getragene Mehrfamilienhausbau an. Trotz Marktanteilsverlusten bleibt der westdeutsche Bauprodukt für die ostdeutschen Bauunternehmen mit im Schnitt 20% des Umsatzes von großer Bedeutung (vgl. Tabelle 12).

Alles in allem wird nach vorliegender Prognose die Wertschöpfung im Baugewerbe im Durchschnitt des Jahres 2014 wohl um 4,6% zunehmen.

### Gewerbliche Dienstleister mit Aufwärtstendenz

Auch der Dienstleistungssektor hat seit der zweiten Hälfte des Jahres 2013 zugelegt. Im Jahresdurchschnitt stieg die Wertschöpfung um 0,3% (vgl. Tabelle A1.1 im Anhang). Einen kräftigen Beitrag leisteten Handel und Verkehr, nur wenig dahinter blieb der Beitrag der gewerblichen Dienstleister. Gedämpft wurde der Zuwachs insgesamt durch die Konsolidierung der Leistungserbringung im öffentlichen Bereich.<sup>5</sup>

<sup>5</sup> Die Wertschöpfung von Nichtmarktproduzenten wird anhand der gezahlten Arbeitsentgelte und der Abschreibungen auf das Anlagevermögen des öffentlichen Sektors berechnet. Konsolidierungsmaßnahmen im Personalbereich können sich

Der Bereich Handel, Verkehr und Lagerei konnte die Leistungen dank seines engen Verbunds mit der Industrie und dem Baugewerbe erst in der zweiten Jahreshälfte kräftig ausdehnen. Die Dienstleister im Bereich Information und Kommunikation glänzten dagegen das ganze Jahr 2013 über mit hohen Leistungszuwächsen. Allerdings ist die Bedeutung dieses Zweigs in Ostdeutschland immer noch relativ klein (vgl. Tabelle 14).

Tabelle 14:  
Anteile der nominalen Bruttowertschöpfung im ostdeutschen Dienstleistungssektor<sup>a</sup>  
- in % -

	2008	2012	ABL <sup>b</sup> 2012
Dienstleistungsbereiche	68,0	68,3	68,7
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	15,1	13,6	14,7
Information, Kommunikation	2,4	2,6	4,2
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	2,1	2,1	4,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	11,4	11,7	12,2
Unternehmensdienstleister	8,6	8,9	11,4
öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	23,8	24,6	17,6
Kunst, Unterhaltung, Erholung; sonstige Dienstleistungen, private Haushalte	4,7	4,7	4,5

<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin. – <sup>b</sup> Alte Bundesländer mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: März 2014); Berechnungen des IWH.

Insgesamt übertraf die Wertschöpfung in dem statistisch hochaggregierten Bereich Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation im Jahr 2013 den Stand vom Vorjahr um 1,6% (vgl. Tabelle 3) und blieb damit immer noch unter dem Höchststand vor der Großen Rezession.<sup>6</sup>

Trotz des Leistungsanstiegs wurden die Beschäftigtenanzahl und die geleisteten Arbeitsstunden reduziert (vgl. Tabelle 4). So stieg die Produktivität kräftig. Noch deutlicher erhöhten sich die Effektivverdienste und damit die Arbeitskosten. Die Lohn-

deshalb rein rechnerisch negativ auf die Wertschöpfung auswirken.

<sup>6</sup> Für die Entwicklung in den einzelnen Zweigen des Dienstleistungssektors liegen regionale Angaben zu Wertschöpfung und Beschäftigung teilweise nur bis 2011 bzw. 2012 vor. Dies erschwert die Beurteilung der konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand. Deshalb kann die Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivität in wichtigen Subsektoren der Dienstleistungsbereiche zeitnah nur anhand der Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und von Produktivitätsannahmen beurteilt werden.

stückkosten stiegen und dürften die Gewinnmargen gedrückt haben. Wahrscheinlich hat sich aber die Lage gegenüber dem westdeutschen Pendant<sup>7</sup> wenig geändert, da die Verhältnisse in den Vorjahren

Tabelle 15:  
Produktivität und Arbeitskosten ausgewählter Dienstleistungszweige in Ostdeutschland<sup>a</sup>  
- Westdeutschland = 100 -

	2010	2011	2012
Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe			
Produktivität <sup>b</sup>	74,4	74,3	74,1
Arbeitskosten <sup>b</sup>	75,7	76,2	75,5
Lohnstückkosten <sup>c</sup>	101,7	102,5	101,9
Information und Kommunikation			
Produktivität <sup>b</sup>	70,3	73,3	75,6
Arbeitskosten <sup>b</sup>	68,3	67,7	67,8
Lohnstückkosten <sup>c</sup>	97,1	92,3	89,7
Finanz- und Versicherungsdienstleister			
Produktivität <sup>b</sup>	57,8	62,5	64,4
Arbeitskosten <sup>b</sup>	75,9	75,3	77,3
Lohnstückkosten <sup>c</sup>	131,3	120,5	119,9
Grundstücks- und Wohnungswesen			
Produktivität <sup>b</sup>	67,0	67,0	67,0
Arbeitskosten <sup>b</sup>	98,5	98,5	93,3
Lohnstückkosten <sup>c</sup>	147,0	147,0	139,2
Unternehmensdienstleister			
Produktivität <sup>b</sup>	58,3	59,7	60,4
Arbeitskosten <sup>b</sup>	66,2	66,9	67,2
Lohnstückkosten <sup>c</sup>	113,6	112,1	111,3
dar.: freiberufliche, wissenschaftl. u. technische Dienstleister			
Produktivität <sup>b</sup>	62,5	61,4	...
Arbeitskosten <sup>b</sup>	64,8	64,7	65,8
Lohnstückkosten <sup>c</sup>	103,8	105,3	...
dar.: sonstige wirtschaftliche Unternehmensdienstleister			
Produktivität <sup>b</sup>	59,2	62,5	...
Arbeitskosten <sup>b</sup>	78,8	80,0	80,2
Lohnstückkosten <sup>c</sup>	133,2	128,0	...

<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin. – <sup>b</sup> Jeweilige Preise pro Kopf. – <sup>c</sup> Lohnstückkosten = (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer)/(Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen)\*100.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: März/Mai 2014); Berechnungen des IWH.

<sup>7</sup> Allerdings wird ein Vergleich zwischen den ost- und westdeutschen Dienstleistungsbranchen dadurch erschwert, dass aufgrund fehlender Angaben zu den geleisteten Arbeitsstunden die Arbeitskosten und die Arbeitsproduktivität nicht je Stunde, sondern je Person ausgewiesen werden.

– aktuellere Daten liegen nicht vor – ziemlich robust waren. Im Bereich Information und Kommunikation bestände demnach weiterhin ein Lohnkostenvorteil (vgl. Tabelle 15).

Die Finanzdienstleister mussten im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit der Flut Rückschläge hinnehmen. Die Unternehmensdienstleister und das Grundstücks- und Wohnungswesen konnten dagegen Zugewinne verbuchen, sodass die Wertschöpfung im statistisch hochaggregierten Bereich Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen per saldo um knapp 1% expandierte. Den stärksten Zuwachs erzielten die Unternehmensdienstleister. Dazu trug bei, dass über die Arbeitnehmerüberlassung eine wieder gestiegene Anzahl von Beschäftigten an Unternehmen in anderen Zweigen vermittelt werden konnte.

Im Zusammenhang mit der günstigen Leistungsentwicklung wurde per saldo auch die Beschäftigung in diesem statistisch hochaggregierten Bereich geringfügig aufgestockt. Die Arbeitsstunden waren indes rückläufig, sodass die neu geschaffenen Jobs wohl vorrangig auf den Teilzeitbereich entfielen. Die Produktivität und die Effektivverdienste stiegen, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. Unter dem Strich erhöhten sich die Lohnstückkosten. Sie werden die Gewinnmargen gedrückt haben. Damit dürfte sich die Lohnkosten- und Gewinnsituation gegenüber den Finanzdienstleistern und dem Grundstücks- und Wohnungswesen in den Alten Bundesländern nur wenig verbessert haben.

Die Unternehmensdienstleister schnitten in dieser Gruppe insgesamt besser ab. Die dazu gehörenden Freiberufler sowie die wissenschaftlichen und technischen Dienstleister liegen im Vergleich zu den westdeutschen Akteuren fast gleichauf. Allerdings ist der Verdienstabstand in diesem für Innovationen wichtigen Bereich am höchsten.

Nach der Stabilisierung im Vorjahr ist die Wertschöpfung im Bereich öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, private Haushalte im gesamten Verlauf des Jahres 2013 gesunken, im Vergleich mit dem Vorjahr um 1%.

Ihre konjunkturellen Impulse empfangen die Dienstleister hochgradig aus den regionalen Märkten in Deutschland. Die Auslandsorientierung ist wegen der Objektgebundenheit ihrer Erstellung in den meisten Fällen viel geringer ausgeprägt als bei der Produktion von Sachgütern. Dies gilt generell unabhängig vom regionalen Standort in Deutschland. Allerdings liegt die Exportquote der Dienstleister an ostdeutschen Standorten seit Jahren hinter der

an westdeutschen Standorten zurück. Im Jahr 2012 – neuere Angaben liegen nicht vor – betrug die Quote im exportintensivsten Dienstleistungszweig, dem Bereich Verkehr und Lagerei, nur rund ein Drittel des westdeutschen Stands (vgl. Tabelle 16). Bei den für Innovationen wichtigen wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen hat sich die Schere zwischen West- und Ostdeutschland im Jahr 2012 weiter geöffnet. Insgesamt lag die Exportquote der gewerblichen Dienstleister um mehr als die Hälfte unter dem Stand in den Alten Bundesländern. Allerdings erzielten die wissenschaftlichen und technischen Dienstleister etwa ein Viertel und die Dienstleister im Bereich Information und Kommunikation sogar knapp 30% ihres Umsatzes in den Alten Bundesländern.

Tabelle 16:

Exportquote der größeren Dienstleistungsanbieter<sup>a</sup>  
- Anteil Auslandsumsatz am Gesamtumsatz in % -

	2010	2011	2012
Verkehr und Lagerei			
Neue Bundesländer ohne Berlin	5,7	4,3	4,1
Alte Bundesländer mit Berlin	11,7	12,7	14,2
Information und Kommunikation			
Neue Bundesländer ohne Berlin	8,3	6,4	6,7
Alte Bundesländer mit Berlin	9,4	9,3	9,9
freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen			
Neue Bundesländer ohne Berlin	5,2	8,7	7,4
Alte Bundesländer mit Berlin	10,7	10,9	11,9
sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen <sup>b</sup>			
Neue Bundesländer ohne Berlin	1,7	1,5	1,5
Alte Bundesländer mit Berlin	5,0	4,5	5,2
insgesamt laut Erhebungskreis			
Neue Bundesländer ohne Berlin	4,1	4,2	3,9
Alte Bundesländer mit Berlin	8,8	9,1	9,9

<sup>a</sup> Unternehmen ab 250 000 Euro Jahresumsatz. – <sup>b</sup> Vermittlung von Arbeitskräften, Wach- und Sicherheitsdienste, Gebäudebetreuung u. a.

Quellen: Statistisches Bundesamt (inkl. Sonderauswertung für die Neuen Bundesländer); Berechnungen des IWH.

Im Verlauf des Jahres 2014 folgen die mit dem Produzierenden Gewerbe im engen Konjunkturverbund stehenden Dienstleistungszweige Großhandel, Verkehr und Lagerei, Information und Kommunikation sowie ein Teil der Unternehmensdienstleister – wie beispielsweise die Unternehmen des Bereichs Arbeitnehmerüberlassung – dem allgemeinen Aufwärtstrend; die Wertschöpfung in diesen Bereichen wird deutlich zunehmen. Der Einzel-

handel und die haushaltsnahen persönlichen Dienstleistungszweige bleiben in der Dynamik dahinter zurück. Die Finanzdienstleister, die im vergangenen Jahr die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung eher belasteten, werden die Wende zum Positiven vollziehen. Die weniger konjunkturabhängigen Dienstleister in den an der Innovation von Produkten und Verfahren maßgeblich beteiligten Forschungs- und Entwicklungszentren werden weiterhin von den staatlichen Förderprogrammen profitieren. Die Konsolidierung im öffentlichen Sektor dürfte keine weiteren Rückgänge an Wertschöpfung nach sich ziehen.

## Arbeitsmarkt: Beschäftigung nimmt 2014 wieder zu

Infolge der schwachen Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion nahm im Jahr 2013 die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland um 0,2% ab. In Westdeutschland, wo die Produktion um 0,5% expandierte, stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 0,7%. Das Arbeitsvolumen nahm in den Neuen Bundesländern gegenüber dem Vorjahr sogar um 1,3% ab; in Westdeutschland stieg es um 0,4%. Ein Vergleich mit dem Vorkrisenstand zeigt die unterschiedliche Entwicklung zwischen den beiden Großregionen: Das Beschäftigungsniveau lag in Ostdeutschland im Jahr 2013 um 0,4% über dem Vorkrisenstand; in Westdeutschland waren es hingegen 4,2%. Während das Arbeitsvolumen in den Alten Bundesländern den Vorkrisenstand um 1,8% übertraf, lag der ostdeutsche Wert um 2,1% unter dem Wert aus dem Jahr 2008.<sup>8</sup>

Die Entwicklung nach Beschäftigungsformen zeigt ein differenziertes Bild (vgl. Tabelle 17). Die Zahl der abhängig Beschäftigten blieb in etwa auf dem Vorjahresniveau. Der Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen ist damit vollständig auf die Ab-

nahme selbstständiger Beschäftigung zurückzuführen. Vom gesamten Rückgang der Zahl der Selbstständigen entfielen etwa zwei Drittel auf die Abnahme geförderter Selbstständigkeit. Auch in

Tabelle 17:  
Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Ostdeutschland<sup>a</sup> 2012 und 2013

	2012	2013	Veränderung
	<i>in 1 000 Personen</i>		
<b>Arbeitnehmer</b>	5 162	5 163	1
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	4 266	4 278	12
geförderte <sup>b</sup>	57	50	-7
nicht geförderte	4 209	4 228	19
Vollzeit	3 185	3 164	-21
Teilzeit	1 081	1 114	33
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	503	500	-3
kurzfristig Beschäftigte	51	47	-4
Ein-Euro-Job (Variante: Mehraufwandsentschädigung)	46	37	-9
sonstige	296	301	5
<b>Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger</b>	656	643	-13
geförderte Selbstständigkeit	14	6	-8
Gründungszuschuss	13	5	-8
Einstiegsgeld (Variante: Selbstständigkeit)	2	1	-1
nicht geförderte Selbstständigkeit	642	638	-6
<b>Erwerbstätige (Inland)</b>	5 819	5 806	-13
<i>darunter:</i>			
staatlich subventionierte Erwerbstätige	144	122	-22
geförderte Erwerbstätige <sup>c</sup>	118	93	-25
Kurzarbeit	26	29	3
ungeförderte Erwerbstätigkeit	5 674	5 684	10
	<i>in %</i>		
<i>nachrichtlich:</i>			
Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland)	2,5	2,1	0,4
	<i>in Mio. Stunden</i>		
<i>nachrichtlich:</i>			
Arbeitsvolumen	8 651	8 539	-112

<sup>8</sup> Wird Berlin den ostdeutschen Flächenländern zugerechnet, so ergibt sich aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in Berlin ein anderes Bild: Die Zahl der Erwerbstätigen hat demnach im Jahr 2013 in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) um 0,3% gegenüber dem Vorjahr zugenommen (Westdeutschland ohne Berlin: 0,6%), und das Arbeitsvolumen sank nur um 0,7% (Westdeutschland ohne Berlin: 0,4%). Der Vergleich mit dem Stand des Vorkrisenjahres fällt bei dieser Zuordnung von Berlin für Ostdeutschland positiver aus: Die Zahl der Erwerbstätigen lag im Jahr 2013 um 2,4% über dem Stand des Jahres 2008 (Westdeutschland ohne Berlin: 4,0%); das Arbeitsvolumen lag auf dem gleichen Niveau wie im Vorkrisenjahr (Westdeutschland ohne Berlin: 1,5%).

<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin. – <sup>b</sup> Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen; Beschäftigungsphase Bürgerarbeit; Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen (einschl. für Schwerbehinderte); Eingliederungsgutschein; Entgeltversicherung für Ältere nach § 421j SGB III; Arbeitsentgeltzuschuss bei beruflicher Weiterbildung; Einstiegsgeld (Variante: Beschäftigung); Beschäftigungszuschuss nach § 16e SGB II; Ein-Euro-Job (Entgeltvariante). – <sup>c</sup> Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Ein-Euro-Jobs (Variante: Mehraufwandsentschädigung) sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Veröffentlichung: März 2014); Berechnungen des IWH.

Westdeutschland, wo die Zahl der Selbstständigen um 1,7% abnahm, entfielen zwei Drittel auf geförderte Selbstständigkeit. Offensichtlich haben auch die restriktiven Förderbestimmungen für die Aufnahme einer selbstständigen Arbeit dazu geführt, dass Existenzgründungen an Attraktivität verloren haben.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig (SV-pflichtig) Beschäftigten stieg um 12 000 Personen bzw. 0,3% (Westdeutschland: 1,4%). Damit setzte sich der seit dem Jahr 2005 zu beobachtende Aufbau von SV-pflichtiger Beschäftigung fort (vgl. Abbildung 6). Der Anstieg fiel allerdings geringer aus als in den Jahren zuvor. Die Zunahme der SV-pflichtigen Beschäftigung wurde – wie in den letzten Jahren – von den nicht geförderten Beschäftigungsverhältnissen getragen: Diese stiegen um 19 000 bzw. 0,5%, während die geförderte SV-pflichtige Beschäftigung um 7 000 bzw. 12,5% abnahm.

Der Zunahme der SV-pflichtigen Teilzeitbeschäftigung um 33 000 Personen (+3,1%) stand ein Rückgang von Vollzeitjobs um 21 000 (–0,7%) gegenüber. Diese gegenläufige Entwicklung von sozialversicherungspflichtiger Vollzeit- bzw. Teilzeitbeschäftigung ist in Ostdeutschland bereits seit Mitte des Jahres 2011 zu beobachten: Die Zahl der SV-pflichtigen Vollzeitjobs nahm seit dem zweiten Quartal 2011 saisonbereinigt stetig ab und lag Ende 2013 um 43 000 unter dem Stand von Mitte 2011. Dagegen stieg die Zahl der SV-pflichtigen Teilzeitjobs um 106 000.<sup>9</sup> Ein anderes Bild zeigt sich in Westdeutschland: Dort nahmen seit Anfang 2010 sowohl die SV-pflichtigen Vollzeitjobs als auch die Teilzeitarbeitsplätze deutlich zu. Durchschnittlich etwa 40% des Zuwachses an SV-pflichtiger Beschäftigung entfiel in den Alten Bundesländern auf Vollzeitstellen. Insgesamt übertraf die Teilzeitquote der SV-pflichtigen<sup>10</sup> im Jahr 2013 in Ostdeutschland mit 26,0% den westdeutschen Wert (25,5%). Im Vorkrisenjahr 2008 lag die Quote in den Neuen Bundesländern bei 22,7%; in Westdeutschland betrug diese 23,0%.<sup>11</sup>

<sup>9</sup> Vgl. hierzu auch Brautzsch, H.-U.: Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland 2013: Mehr sozialversicherungspflichtige Jobs nur durch Teilzeit, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel*, Jg. 19 (6) 2013, 108-111.

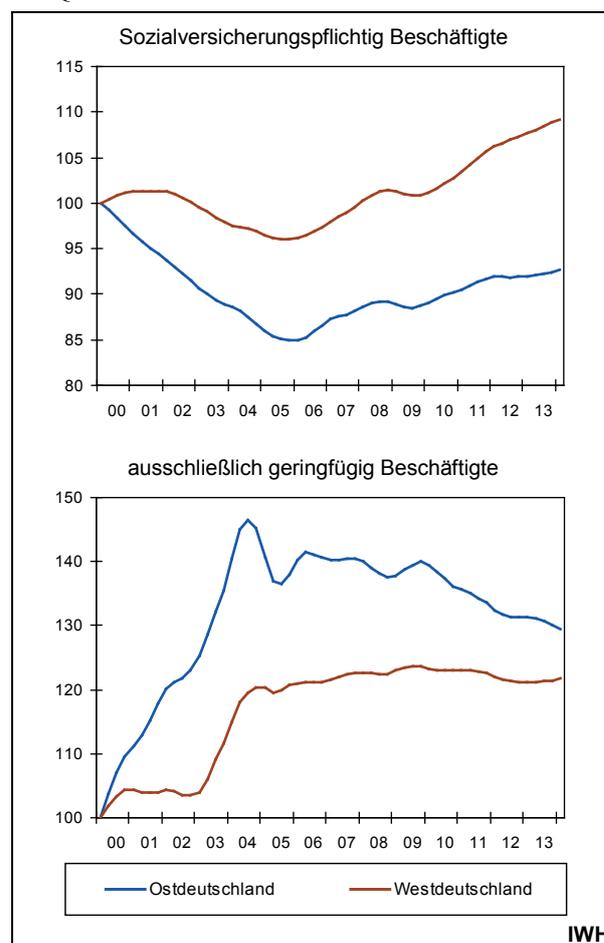
<sup>10</sup> Das ist der Anteil der SV-pflichtig Teilzeitbeschäftigten an den SV-pflichtig Beschäftigten insgesamt.

<sup>11</sup> Bei Betrachtung der Teilzeitquote insgesamt zeigt sich allerdings ein etwas anderes Bild: In Ostdeutschland lag diese im Jahr 2013 mit 28,6% noch um 1,8 Prozentpunkte unter dem westdeutschen Wert. Bei dieser Quote wird die

Die Zahlen der ausschließlich geringfügigen Beschäftigung und der kurzfristig Beschäftigten<sup>12</sup> nahmen weiter ab. Aufgrund der schwachen Produktionsentwicklung nahm im Durchschnitt des Jahres 2013 die Zahl der Kurzarbeiter gegenüber dem Vorjahr etwas zu. Die Zahl der Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) ging weiter zurück. Insgesamt verringerte sich die Zahl der staatlich subventio-

Abbildung 6: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und ausschließlich geringfügig Beschäftigte in Ost- und Westdeutschland<sup>a</sup>

- 1. Quartal 2000 = 100 -



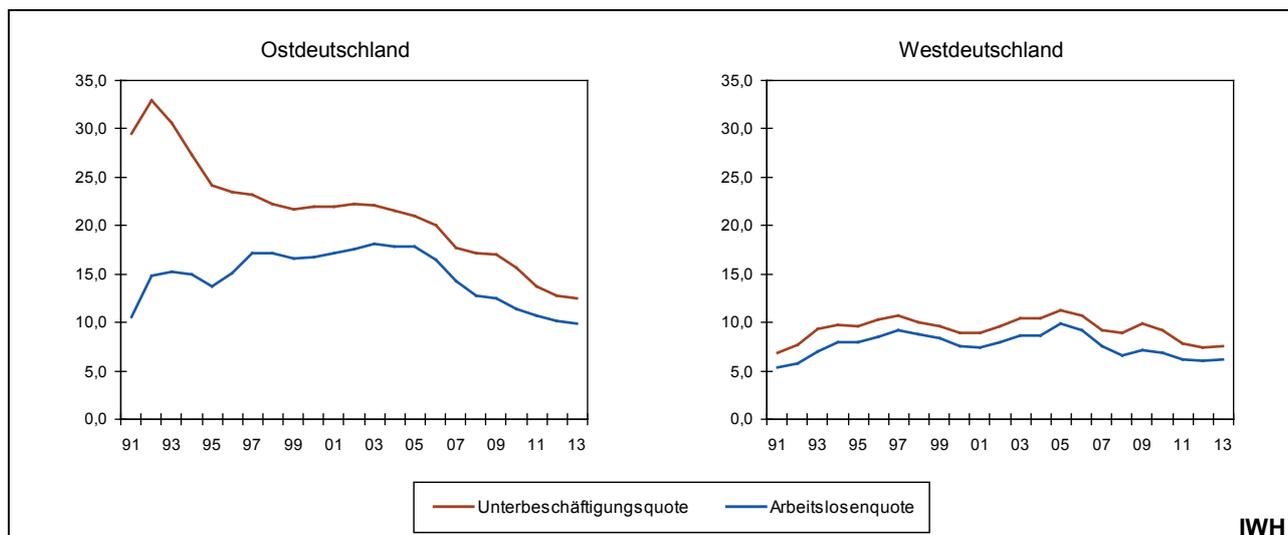
<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Summe der Zahl der SV-pflichtig Teilzeitbeschäftigten, der ausschließlich geringfügig Beschäftigten sowie der kurzfristig Beschäftigten auf die Zahl der Erwerbstätigen bezogen.

<sup>12</sup> Unter einer kurzfristigen Beschäftigung wird nach §8 (1) Nr. 2 SGB IV eine Tätigkeit verstanden, die im Lauf eines Kalenderjahres auf nicht mehr als zwei Monate oder insgesamt 50 Arbeitstage beschränkt ist und im Voraus vertraglich begrenzt wurde.

Abbildung 7:  
 Unterbeschäftigungsquoten<sup>a</sup> und Arbeitslosenquoten<sup>b</sup> in Ost- und Westdeutschland<sup>c</sup> von 1991 bis 2012  
 - in % -



<sup>a</sup> Zahl der Unterbeschäftigten (Abgrenzung des IWH) bezogen auf das Erwerbspersonenpotenzial (ohne Stille Reserve). – <sup>b</sup> Zahl der Arbeitslosen (Abgrenzung des IWH; vgl. Brauttsch, H.-U., a. a. O.) bezogen auf die Erwerbspersonen (Inländer). – <sup>c</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Brauttsch, H.-U., a. a. O.; Berechnungen und Darstellung des IWH.

nierten Erwerbstätigen<sup>13</sup> um 22 000 Personen. Der Anteil der staatlich geförderten Erwerbstätigen an der Zahl der Erwerbstätigen sank von 2,5% im Jahr 2012 auf 2,1% im Jahr 2013.<sup>14</sup> Die Qualität des Arbeitseinsatzes hat sich damit in Ostdeutschland weiter verbessert.

Die registrierte Arbeitslosigkeit lag trotz des Beschäftigungsrückgangs im Jahr 2013 um 22 000 Personen unter dem Stand des Vorjahrs. Die Ursache liegt im weiteren Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebots.<sup>15</sup> In Westdeutschland stieg hingegen die registrierte Arbeitslosigkeit an, obwohl die Zahl der Erwerbstätigen zugenommen hat. Die Arbeitslosenquote bzw. die Unterbeschäftigungsquote war im Jahr 2013 in Ostdeutschland um rund die Hälfte höher als in Westdeutschland (vgl. Abbildung 7).

Im bisherigen Verlauf des Jahres 2014 hat sich die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt aufgehellt. Infolge der kräftigen Ausdehnung der gesamtwirtschaftlichen Produktion nahm im ersten Quartal die Zahl der Erwerbstätigen saisonbereinigt um

13 000 Personen bzw. 0,2% zu. Dies dürfte auch durch den milden Winter begünstigt gewesen sein. Die Zahl der SV-pflichtig Beschäftigten nahm saisonbereinigt um 0,3% zu. Vor allem im Produzierenden Gewerbe, in den Bereichen Verkehr und Lagerei, Information und Kommunikation, unternehmensnahe Dienstleistungen und im Gesundheits- und Sozialwesen nahm die Beschäftigung zu. Auch im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung stieg die Zahl der SV-Pflichtigen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging im ersten Quartal des Jahres 2014 um 18 000 und im zweiten Quartal saisonbereinigt um 7 000 Personen gegenüber dem Vorquartal zurück.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird sich wegen der günstigen Produktionsentwicklung die Beschäftigungslage leicht verbessern. Darauf weist auch die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots hin. So lag im ersten Quartal 2014 das Stellenangebot auf dem ersten Arbeitsmarkt in Ostdeutschland um 11,0% über dem Vorjahreswert. In Westdeutschland betrug die Zunahme 5,2%.<sup>16</sup>

Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte im Durchschnitt des Jahres 2014 um 14 000 bzw. 0,2% über dem Vorjahresstand liegen (vgl. Tabelle 18). Dabei

<sup>13</sup> Zu diesen zählen die geförderten SV-pflichtigen, die Ein-Euro-Jobs (Variante: Mehraufwandsentschädigung), die geförderten Selbstständigen sowie die Kurzarbeiter.

<sup>14</sup> In Westdeutschland verringerte sich dieser Anteil von 1,1% im Jahr 2012 auf 0,9% im Jahr 2013.

<sup>15</sup> Vgl. Abschnitt Arbeit, Kapital und gesamtwirtschaftliche Produktion: Aufholprozesse weitgehend zum Stehen gekommen.

<sup>16</sup> Vgl. IAB: Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots im ersten Quartal 2014. [Anhang zur IAB-Pressinformation vom 15.05.2014.](#)

wird der Beschäftigungsaufbau erneut von den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten getragen werden. Die Zahl der Selbstständigen dürfte auch wegen des weiteren Rückgangs der geförderten Selbstständigkeit weiter abnehmen. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten wird wohl weiter leicht zurückgehen und auch die Zahl der Kurzarbeiter dürfte – wie aus den Anträgen auf Kurzarbeitergeld ersichtlich ist – wohl eher abnehmen.

Die registrierte Arbeitslosigkeit dürfte um 32 000 Personen abnehmen (vgl. Tabelle 18). Dieser – gemessen am Beschäftigungsaufbau – überproportional starke Rückgang ist durch den weiteren Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials bedingt. In der Abgrenzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wird es wohl um etwa 28 000 Personen gegenüber dem Vorjahr abnehmen. In Westdeutschland hingegen steigt das Erwerbspersonenpotenzial vor allem infolge der starken Wanderungsgewinne deutlich. Die – auf die Erwerbspersonen (Inland) bezogene – Arbeitslosenquote dürfte von 10,2% im Jahr 2013 auf 9,7% im Jahr 2014 sinken. Damit würde die Arbeitslosenquote erstmals seit 1991 unter die 10%-Marke fallen. In Westdeutschland wird die Arbeitslosenquote wohl von 6,0% auf 5,9% abnehmen.

Tabelle 18:  
Ostdeutsches Arbeitsangebot und dessen Auslastungsgrad<sup>a</sup>

		2013	2014
		in 1 000 Personen	
1	Erwerbstätige (Inland)	5 806	5 820
2	Pendlersaldo [(1)-(3)]	-400	-400
3	erwerbstätige Inländer (Arbeitsplätze) <sup>b</sup>	6 206	6 220
4	Unterbeschäftigte (Arbeitsplatzlücke) [(5)+(6)+(7)]	1 125	1 067
5	registrierte Arbeitslose	660	628
6	sonstige Unterbeschäftigte <sup>c</sup>	213	197
7	Stille Reserve i. e. S. <sup>d</sup>	252	241
8	(Doppelzählungen <sup>e</sup> )	(74)	(58)
9	<b>Erwerbspersonenpotenzial (Arbeitskräftepotenzial) [(3)+(4)-(8)]</b>	7 257	7 229
10	sonstige Nichterwerbspersonen	796	782
11	<b>totales Erwerbspersonenpotenzial (Erwerbsfähige)<sup>f</sup> [(9)+(10)]</b>	8 054	8 011
		in %	
12	Erwerbstätigenquote [(3)/(11)*100]	77,1	77,6
13	Erwerbsbeteiligungsquote [(9)/(11)*100]	90,1	90,2
14	Auslastungsgrad [(3)/(9)*100]	85,5	86,0

<sup>a bis f</sup> Erläuterung der Fußnoten: vgl. Tabelle 20.

Quellen: Vgl. Tabelle 20; 2014: Prognose des IWH.

## Strukturelle Trends der ostdeutschen Wirtschaft

### *Arbeit, Kapital und gesamtwirtschaftliche Produktion: Aufholprozesse weitgehend zum Stehen gekommen*

Die strukturellen Trends in der ostdeutschen Wirtschaft sind in den vergangenen Jahren von Effekten der Weltfinanzkrise und der sich anschließenden Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum überlagert worden. Seit dem Jahr 2013 scheint sich der Euroraum langsam zu erholen, und strukturelle Trends spielen wieder eine größere Rolle für die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft.

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner hat in Ostdeutschland relativ zum Westen seit Ende des vergangenen Jahrzehnts kaum mehr zulegen können, sondern stagniert bei einem Wert von etwa 67% (vgl. Tabelle 19). Da der Anteil der Erwerbstätigen an der Einwohnerzahl in Ostdeutschland deutlich geringer ist als in Westdeutschland, fällt der Abstand beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen um etwa zehn Prozentpunkte geringer aus.<sup>17</sup>

Eine niedrigere Kapitalausstattung ist nicht der wesentliche Grund für die geringere Arbeitsproduktivität: Zwar ist die gesamtwirtschaftliche Kapitalintensität (das Verhältnis von Kapital zu Arbeit) im Osten um etwa 11% niedriger, aber auch die Produktion relativ zum eingesetzten Kapitalstock liegt im Osten unterhalb des Westniveaus – und zwar um 15%. Im Produzierenden Gewerbe ist die Kapitalintensität im Osten sogar ganz erheblich höher als im Westen, eine Folge nicht nur der etwas höheren Bedeutung kapitalintensiver Branchen wie der Energiewirtschaft und der Chemieindustrie, sondern vor allem der langjährigen Konzentration von Förderinstrumenten wie der Investitionszulage auf Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe. Pro Erwerbstätigen erreicht der Output hier trotzdem nur etwa 63% des Westniveaus (vgl. Tabelle A6 im Anhang). Das geringere Produktivitätsniveau der ostdeutschen Wirtschaft lässt sich vor allem durch strukturelle Faktoren erklären, die auch langfristig nur schwer zu beeinflussen sind: Kaum eines der großen deutschen Unternehmen hat seinen Sitz oder den Schwerpunkt seiner Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten im Osten. Zudem ist die Wachstumsdynamik von Unternehmen der Hoch-

<sup>17</sup> Der Anteil der Erwerbstätigen an den Einwohnern betrug im Jahr 2013 in Ostdeutschland 45,6% und 52,0% in Westdeutschland.

Tabelle 19:  
Indikatoren zum wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland<sup>a</sup>  
- Relationszahlen für Ostdeutschland, in jeweiligen Preisen -

	1991	1996	2001	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	<i>Westdeutschland = 100</i>										
Bruttoinlandsprodukt											
je Einwohner	33,3	61,7	62,0	65,4	65,6	66,0	67,1	67,2	66,6	66,9	67,1
je Erwerbstätigen	35,1	67,5	72,0	74,7	74,5	74,8	75,7	75,4	75,4	76,1	76,4
je Erwerbstätigenstunde	–	–	67,1	69,4	69,5	69,7	70,1	70,1	70,1	70,5	71,4
Arbeitnehmerentgelt											
je Arbeitnehmer	49,4	72,7	74,4	75,4	75,6	76,0	77,2	77,4	77,6	77,4	77,6
je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer	–	–	68,0	69,2	69,7	70,0	70,6	71,2	71,4	71,2	72,1
Lohnstückkosten <sup>b</sup>											
Basis Personen	140,6	107,8	103,3	101,0	101,5	101,7	102,0	102,6	102,8	101,8	101,6
Basis Stunden	–	–	101,3	99,8	100,3	100,4	100,7	101,6	101,9	101,0	101,0
Kapitalintensität	45,6 <sup>c</sup>	58,4	78,8	84,8	85,4	86,3	86,8	87,3	88,9	–	–
Kapitalproduktivität	105,9 <sup>c</sup>	115,6	91,4	88,0	87,2	86,6	87,2	86,4	84,9	–	–
	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</i>										
Bevölkerung											
Ostdeutschland	–	–0,4	–0,8	–0,7	–0,8	–0,8	–0,8	–0,6	–0,5	–0,4	–0,4
Westdeutschland	–	0,4	0,4	0,0	0,0	–0,1	–0,2	–0,1	0,1	0,3	0,3
Erwerbstätige (Inland)											
Ostdeutschland	–	–0,8	–1,9	0,7	1,5	0,7	–0,1	0,4	0,1	0,2	–0,2
Westdeutschland	–	0,1	0,6	0,5	1,7	1,3	0,1	0,6	1,6	1,3	0,7
Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland)											
Ostdeutschland	–	–	–3,3	0,1	1,1	0,7	–2,3	1,8	0,2	–0,4	–1,3
Westdeutschland	–	–	–0,5	0,0	1,7	1,3	–2,8	2,3	1,7	0,4	0,4

<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin. – <sup>b</sup> Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer (Arbeitsstunde der Arbeitnehmer) bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen (Arbeitsstunde der Erwerbstätigen). – <sup>c</sup> Angaben für 1992.

Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (Rechenstand: März/Mai 2014); Berechnungen des IWH.

technologie dort besonders hoch, wo diese in starken industriellen Clustern eingebettet sind.<sup>18</sup> Solche Cluster sind vor allem im Westen etabliert und haben sich im Osten seit der Vereinigung in deutlich kleinerem Maßstab wieder gebildet.

### Deutlicher Rückgang des Arbeitsangebots setzt sich fort

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsangebot sinkt in Ostdeutschland deutlich. Gemessen an der Zahl der Erwerbsfähigen<sup>19</sup> dürfte es nach Schätzungen des IWH im Jahr 2013 um 54 000 bzw. 0,7% unter dem Vorjahresstand liegen (vgl. Tabelle 20). Gegenüber dem Jahr 2000 bedeutet dies einen Rück-

gang um 17,2% (vgl. auch Abbildung 8). In Westdeutschland dürfte die Zahl der Erwerbsfähigen im Jahr 2013 um 0,2% zugenommen haben; im Vergleich zum Jahr 2000 waren damit aber 2,3% weniger Personen im erwerbsfähigen Alter.

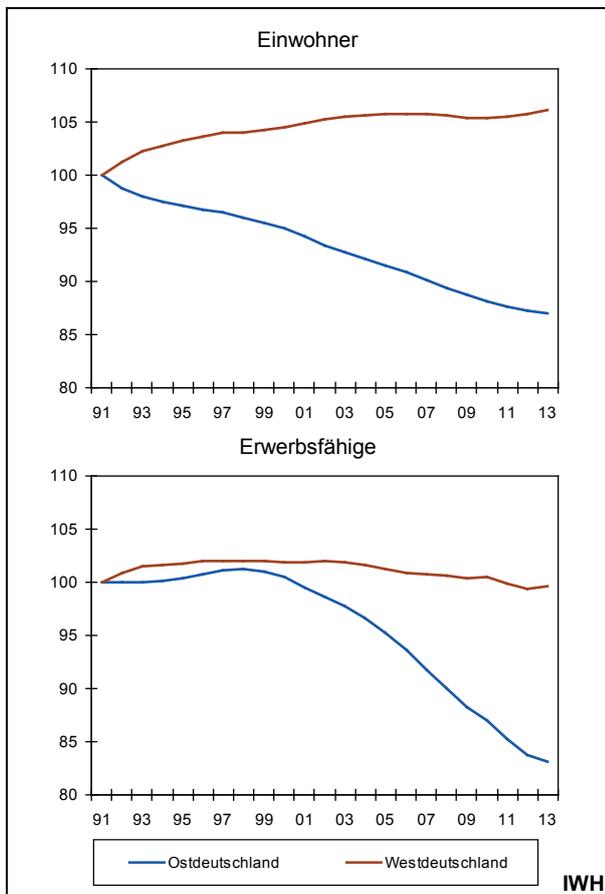
Die entscheidende Ursache für den bis zuletzt ungünstigen Verlauf in Ostdeutschland ist die demographische Entwicklung. Die Zahl der Geburten liegt deutlich unter der Zahl der Gestorbenen (vgl. auch Abbildung 9). Auch die anhaltend hohen Wanderungsverluste hatten in den vergangenen Jahren die Zahl der Erwerbsfähigen gemindert.<sup>20</sup> So überstieg noch im Jahr 2011 die Zahl der Abwanderer

<sup>18</sup> Vgl. für Deutschland etwa *Audretsch, D.; Dohse, D.*: Location: A Neglected Determinant of Firm Growth, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Jg. 143 (1) 2007, 79-107.

<sup>19</sup> Zu den Erwerbsfähigen zählen die Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren.

<sup>20</sup> Vgl. *Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 1.2.* Zur Wanderungsproblematik in Ostdeutschland vgl. beispielsweise *Kubis, A.; Schneider, L.*: Im Fokus: Wanderungsverhalten der Ostdeutschen, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 14 (4) 2008, 128-131. – *Wolff, S.*: Ost-West-Wanderung im wiedervereinten Deutschland: Erfahrungen und Perspektiven. optimus-Verlag: Göttingen 2010.

Abbildung 8:  
Einwohner und Erwerbsfähige<sup>a</sup> in Ost- und West-  
deutschland<sup>b</sup> von 1991 bis 2012  
- 1991 = 100 -



<sup>a</sup> Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. – <sup>b</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: März 2014); Berechnungen und Darstellung des IWH.

die Zahl der Zuwanderer um 9 000 Personen, wobei der Wanderungssaldo gegenüber dem Ausland allerdings positiv war (vgl. auch Abbildung 10). Im Jahr 2012 überstieg erstmals seit dem Jahr 1997 die Zahl der Zuwanderer die Zahl der Abwanderer um 11 000 Personen. Dabei standen einem positiven Saldo bei der Außenwanderung Wanderungsverluste an die Alten Bundesländern gegenüber. Ob sich diese Entwicklung auch im Jahr 2013 fortgesetzt hat, ist noch offen, da bislang nur Daten für den Wanderungssaldo mit dem Ausland vorliegen. Dieser betrug 33 000 Personen und ist der höchste Wert seit dem Jahr 1996. Unterstellt man ähnlich hohe Wanderungsverluste gegenüber den Alten Bundesländern wie im Jahr 2012 (14 000 Personen), dürfte der Wanderungssaldo insgesamt erneut positiv gewesen sein. Zwar handelt es sich dabei nicht nur um Personen im erwerbsfähigen Alter.

Nichtsdestotrotz dürfte – wie bereits im Jahr 2012 – die Migration die Zahl der Erwerbsfähigen erhöht haben.

Gemessen am Erwerbspersonenpotenzial nahm das Arbeitsangebot im Jahr 2013 um 28 000 Personen bzw. 0,4% gegenüber dem Vorjahr ab (vgl. Tabelle 20). Zum Erwerbspersonenpotenzial zählen die Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, die in einem Arbeitsverhältnis stehen beziehungsweise eine Arbeitsstelle suchen.<sup>21</sup> Letztere umfassen die Unterbeschäftigten.<sup>22</sup> Zu diesen gehören die registrierten Arbeitslosen, die Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen<sup>23</sup> sowie die so genannte Stille Reserve im engeren Sinne.<sup>24</sup> Das Erwerbspersonenpotenzial umfasste im Jahr 2013 rund 7,26 Millionen Personen. Dies sind 90,1% der Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. In Westdeutschland waren es nur 85,8%.

Zum Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials im Jahr 2013 haben beide Komponenten beigetragen: Die Zahl der Erwerbstätigen ist infolge des leichten Rückgangs der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 13 000 gesunken, und die Unterbeschäftigung sank um 18 000 Personen bzw. 6,4%. Dies ist auf den Rückgang der Zahl der registrierten Arbeitslosen sowie der Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zurückzuführen. Hingegen dürfte die Zahl der Personen in der Stillen Reserve im engeren Sinne zugenommen haben. Der Auslastungsgrad des Erwerbspersonenpotenzials – dies ist

<sup>21</sup> Vgl. *Autorenkollektiv*: Analyse und Vorausschau der kurzfristigen Arbeitsmarktentwicklung, in: G. Kleinhenz (Hrsg.), *IAB-Kompodium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB 250)*. Nürnberg 2002, 227 ff.

<sup>22</sup> Vgl. hierzu auch *Bundesagentur für Arbeit*: Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Nürnberg, Mai 2009. – *Bundesagentur für Arbeit*: Arbeitsmarkt 2012. Nürnberg 2012, 35 f.

<sup>23</sup> Diese werden im Folgenden als „Sonstige Unterbeschäftigte“ bezeichnet.

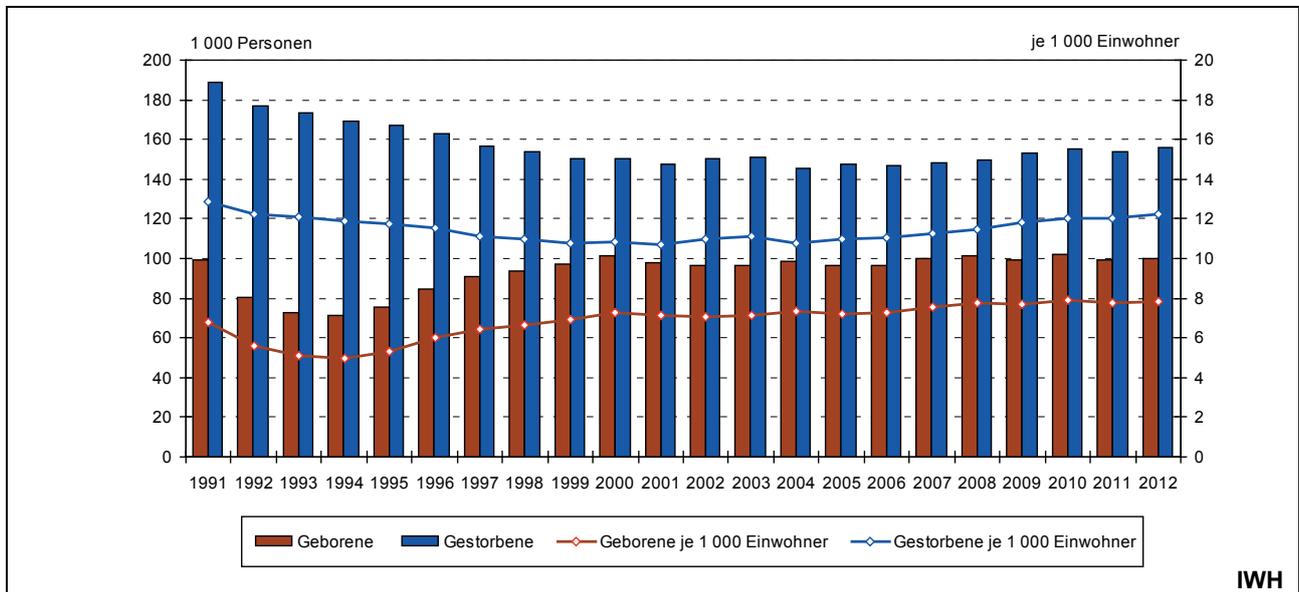
<sup>24</sup> Zu den Personen in der so genannten Stillen Reserve im engeren Sinne zählen (a) Personen, die beschäftigungslos und verfügbar sind sowie Arbeit suchen, ohne als Arbeitslose registriert zu sein sowie (b) Personen, die die Arbeitssuche entmutigt aufgegeben haben, aber bei guter Arbeitsmarktlage Arbeitsplätze nachfragen würden. Vgl. *Bundesagentur für Arbeit*: Arbeitsmarkt 2012. Nürnberg 2012, 37 f. Zu den methodischen Problemen bei der Schätzung der Stillen Reserve i. e. S. vgl. *Fuchs, J.*: Erwerbspersonenpotenzial und Stille Reserve. Konzeption und Berechnungsweise, in: G. Kleinhenz (Hrsg.), *IAB-Kompodium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB 250)*. Nürnberg 2002, 79 ff. – *Fuchs, J.*: Der Einfluss von Hartz IV auf die westdeutsche Stille Reserve – Ergebnisse auf Basis unterschiedlicher methodischer Ansätze, in: *AStA Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Archiv*, Vol. 8 (1-2) 2014, 34-48.

der Anteil der Erwerbstätigen (Inländer) am Erwerbspersonenpotenzial – hat sich in Ostdeutschland leicht erhöht. Mit 85,5% lag er jedoch noch deut-

lich hinter dem westdeutschen Vergleichswert (92,0%).

Abbildung 9:

Entwicklung der Zahl der Geborenen und der Gestorbenen in Ostdeutschland<sup>a</sup> im Zeitraum von 1991 und 2012<sup>b</sup>

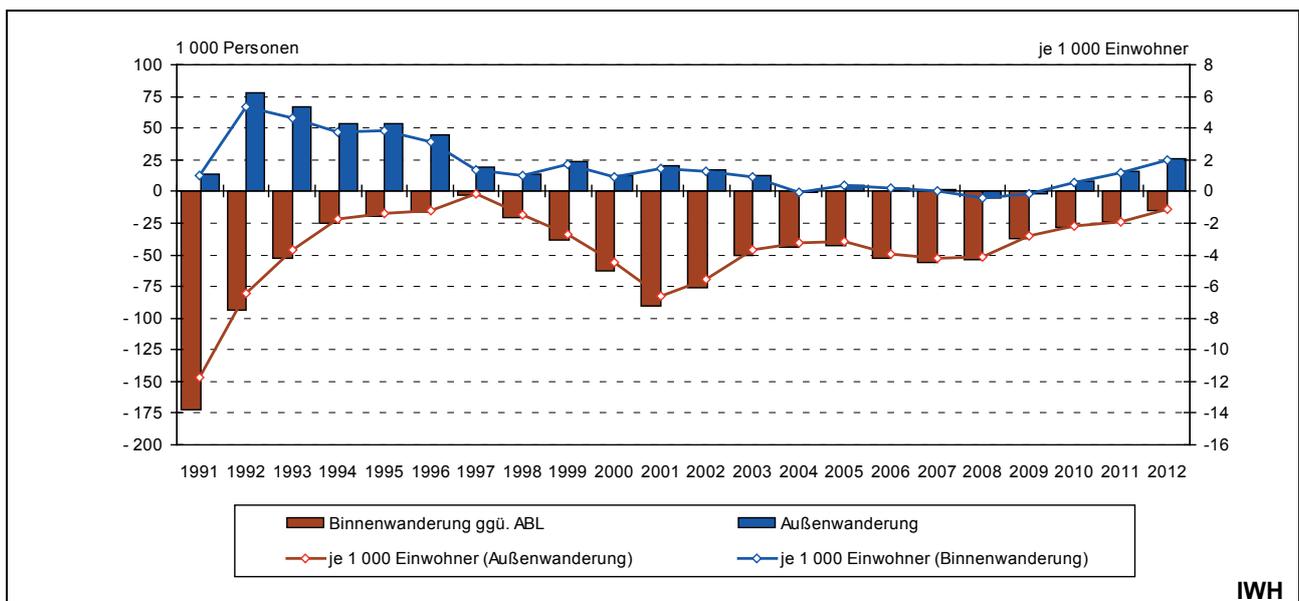


<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin. – <sup>b</sup> Lebendgeborene bzw. Gestorbene in 1000 Personen (linke Skala) sowie Lebendgeborene bzw. Gestorbene (in Personen) je 1000 Einwohner (rechte Skala).

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 1.1; Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: März 2014); Berechnungen und Darstellung des IWH.

Abbildung 10:

Wanderungssaldo zwischen Ostdeutschland<sup>a</sup> und Westdeutschland<sup>b</sup> bzw. dem Ausland im Zeitraum von 1991 und 2012<sup>c</sup>



<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin. – <sup>b</sup> Westdeutschland mit Berlin. – <sup>c</sup> Wanderungssaldo (Zuzüge abzüglich Fortzüge) in 1000 Personen (linke Skala) sowie Wanderungssaldo (in Personen) je 1000 Einwohner (rechte Skala).

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 1.2; Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: März 2014); Berechnungen und Darstellung des IWH.

Tabelle 20:  
Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials und dessen Auslastung in Ostdeutschland<sup>a</sup>

		2011	2012	2013	nachrichtlich West- deutschland 2013
		<i>in 1 000 Personen</i>			
1	Erwerbstätige (Inland)	5 808	5 819	5 806	36 041
2	Pendlersaldo [(1)-(3)]	-410	-403	-400	464
3	erwerbstätige Inländer (Arbeitsplätze) <sup>b</sup>	6 218	6 221	6 206	35 577
4	Unterbeschäftigte (Arbeitsplatzlücke) [(5)+(6)+(7)]	1 185	1 143	1 125	3 239
5	registrierte Arbeitslose	721	682	660	2 290
6	sonstige Unterbeschäftigte <sup>c</sup>	251	219	213	585
7	Stille Reserve i. e. S. <sup>d</sup>	213	242	252	363
8	(Doppelzählungen <sup>e</sup> )	(90)	(79)	(74)	(154)
9	<b>Erwerbspersonenpotenzial (Arbeitskräftepotenzial) [(3)+(4)-(8)]</b>	7 313	7 286	7 257	38 661
10	sonstige Nichterwerbspersonen	946	822	796	6 409
11	<b>totales Erwerbspersonenpotenzial (Erwerbsfähige<sup>f</sup>) [(9)+(10)]</b>	8 259	8 108	8 054	45 070
		<i>in %</i>			
12	Erwerbstätigenquote [(3)/(11)*100]	75,3	76,7	77,1	78,9
13	Erwerbsbeteiligungsquote [(9)/(11)*100]	88,5	89,9	90,1	85,8
14	Auslastungsgrad [(3)/(9)*100]	85,0	85,4	85,5	92,0

<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin. – <sup>b</sup> Einschließlich: Förderung abhängiger Beschäftigung; Förderung der Selbstständigkeit; Teilnehmer an Beschäftigung schaffenden Maßnahmen; Kurzarbeiter; Personen in Altersteilzeit. – <sup>c</sup> Arbeitslose nach § 126 SGB III; Ausfall durch Kurzarbeit (in Vollzeitäquivalenten); Teilnehmer an Beschäftigung schaffenden Maßnahmen; Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (in Vollzeitäquivalenten); Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen bzw. an Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung; Ein-Euro-Jobs; Vorruhestandler; Ausfall durch Altersteilzeit (in Vollzeitäquivalenten); die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – <sup>d</sup> Schätzungen auf der Grundlage von Angaben des IAB zur Stillen Reserve i. e. S. – <sup>e</sup> Zur Vermeidung von Doppelzählungen werden die Personengruppen, die sowohl in den Positionen Erwerbstätige als auch in den Unterbeschäftigten enthalten sind, herausgerechnet. Dazu zählen: Teilnehmer an Beschäftigung schaffenden Maßnahmen; Kurzarbeiter (in Vollzeitäquivalenten), Personen in Altersteilzeit (in Vollzeitäquivalenten) sowie Ein-Euro-Jobs. Arbeitslose mit geringfügiger Beschäftigung und „traditioneller“ Teilzeitbeschäftigung sind doppelt enthalten. – <sup>f</sup> Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Veröffentlichung: März 2014); Fuchs, J.; Hummel, M.; Klinger, S.; Spitznagel, E.; Wanger, S.; Weber, E.; Zika, G.: Neue Arbeitsmarktproggnose 2011: Rekorde und Risiken, in: IAB-Kurzbericht, 7/2011; Fuchs, J.; Hummel, M.; Hutter, C.; Klinger, S.; Wanger, S.; Weber, E.; Weigand, R.; Zika, G.: Arbeitsmarkt 2014: Zwischen Bestmarken und Herausforderungen, in: IAB-Kurzbericht, 4/2014; Berechnungen des IWH.

### **Erweiterung des Kapitalstocks geht mit schwacher Kapitalproduktivität einher**

Dem demographisch bedingt sinkenden Arbeitsangebot in Ostdeutschland stehen steigende Produktionsmöglichkeiten von Seiten des Faktors Kapital gegenüber. Der Bestand an Produktionsanlagen stieg in den Jahren 2010 und 2011<sup>25</sup> in der Gesamtwirtschaft um jeweils 1,5%. Der aus Ausrüstungsgütern und sonstigen Anlagen bestehende Produktionsapparat wurde um 1,4% bzw. 1,8% erweitert (vgl. Tabelle 21). Die Zugänge zum Sachanlagevermögen waren mit einem Anstieg der Anlageinvestitionen um 5,2% bzw. 3,1% (vgl. Anhang, Tabelle A3) allerdings schwächer als in Westdeutschland (hier:

5,8% bzw. 7,4%). Die Anlageinvestitionen hatten damit 2011 im Unterschied zu Westdeutschland das Niveau von vor der Krise noch nicht wieder erreicht. Dies ist aber letztlich nur auf eine sehr zurückhaltende Investitionstätigkeit im Baubereich zurückzuführen. Die Expansion der Ausrüstungsinvestitionen ist in Ostdeutschland insbesondere im Jahr 2010 mit einer zweistelligen Rate sogar deutlich höher ausgefallen als in Westdeutschland (vgl. Abbildung 11). Dazu dürfte beigetragen haben, dass die Förderung durch Investitionszulagen für bewegliche Wirtschaftsgüter nochmals bis zum Jahr 2013 verlängert wurde. Zugleich galten in diesem Jahr noch befristet die degressiven Abschreibungsbedingungen für Ausrüstungen, die als Bestandteil der konjunkturpolitischen Maßnahmen in und nach der Krise ebenfalls zu deutlichen Vorzieheffekten geführt hatten. Mit entscheidend dürfte aber auch

<sup>25</sup> Die vom Arbeitskreis „VGR der Länder“ zur Verfügung gestellten Daten reichen hinsichtlich Kapitalstock und Investitionen planmäßig zwei Jahre zurück, d. h. bis zum Jahr 2011.

gewesen sein, dass die im Zuge des wirtschaftlichen Neuaufbaus in Ostdeutschland Anfang der 1990er Jahre schubartig aufgebauten modernen Ausrüstungen inzwischen ihre Nutzungsdauer erreicht haben und ersetzt wurden. Der Modernitätsgrad der Aus-

Tabelle 21:

Anlagevermögen und Produktivität in der ostdeutschen Wirtschaft<sup>a</sup>

	2009	2010	2011	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in % <sup>b</sup>			Niveau <sup>c</sup> ABL = 100
<b>insgesamt</b>				
Bruttoanlagevermögen	1,4	1,5	1,5	14,6
<i>dar.:</i> Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,4	1,4	1,8	15,8
Kapitalproduktivität <sup>d</sup>	-5,2	1,7	-0,1	84,9
<i>dar.:</i> Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-4,3	1,8	-0,3	78,4
Arbeitsproduktivität <sup>e</sup>	-4,4	3,2	1,3	75,4
Kapitalintensität <sup>f</sup>	1,4	1,1	1,4	88,9
<i>dar.:</i> Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,4	1,0	1,6	94,8
<b>darunter: Produzierendes Gewerbe</b>				
Bruttoanlagevermögen	0,2	0,4	0,8	23,1
<i>dar.:</i> Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,1	0,6	1,4	19,7
Kapitalproduktivität <sup>d</sup>	-11,9	11,2	1,6	52,6
<i>dar.:</i> Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-11,8	10,9	0,9	61,8
Arbeitsproduktivität <sup>e</sup>	-0,2	-3,0	-0,3	70,9
Kapitalintensität <sup>f</sup>	1,0	0,7	-1,7	134,7
<i>dar.:</i> Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,8	0,9	-1,1	114,6
<b>Dienstleistungsbereiche einschließlich Staat</b>				
Bruttoanlagevermögen	1,7	1,8	1,7	13,2
<i>dar.:</i> Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,3	2,0	1,8	12,5
Kapitalproduktivität <sup>d</sup>	-2,9	-1,0	-0,1	93,8
<i>dar.:</i> Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-1,5	-1,2	-0,2	98,9
Arbeitsproduktivität <sup>e</sup>	2,3	0,8	0,4	77,0
Kapitalintensität <sup>f</sup>	1,5	1,2	2,4	82,1
<i>dar.:</i> Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,0	1,4	2,5	77,8

<sup>a</sup> Neue Bundesländer ohne Berlin, Alte Bundesländer mit Berlin. –

<sup>b</sup> Zu Preisen von 2005 (Kapitalbestand am Jahresende). – <sup>c</sup> Zu Wiederbeschaffungspreisen (mittlerer Kapitalstock im jeweiligen Jahr). –

<sup>d</sup> Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung der Bereiche bezogen auf das Bruttoanlagevermögen. – <sup>e</sup> Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen (Inland). – <sup>f</sup> Verhältnis Kapitalstock zu Erwerbstätigen.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: Juni 2014); Berechnungen des IWH.

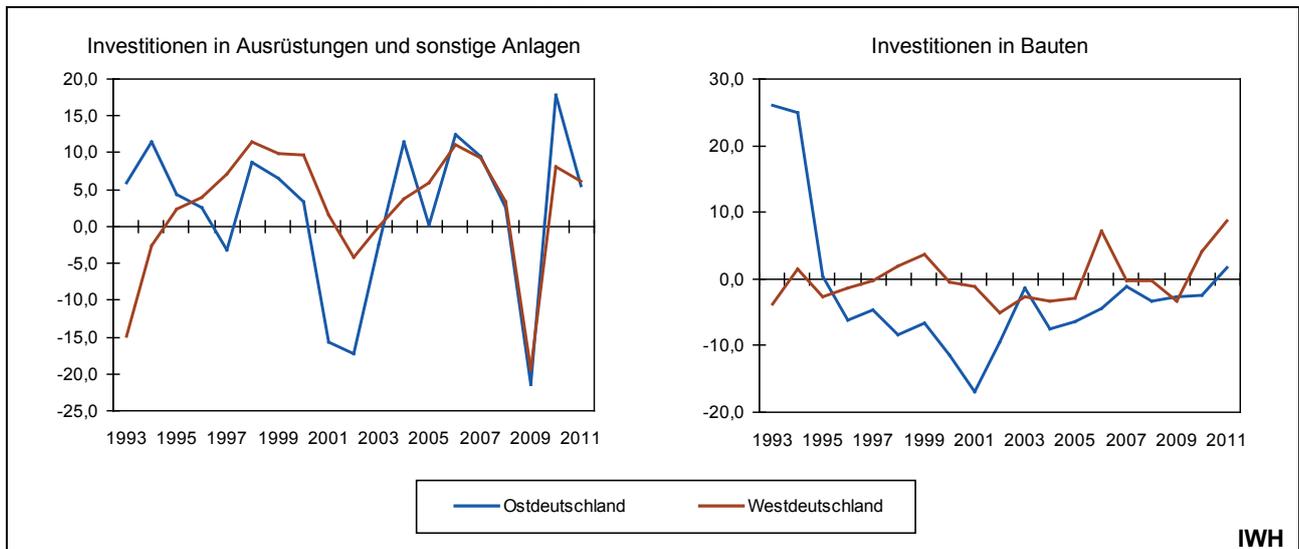
rüstungen hat sich in den 2000er Jahren deutlich zurückgebildet und unterschreitet inzwischen den westdeutschen Wirtschaft (vgl. Abbildung 12). Dies gilt sowohl für das Produzierende Gewerbe als auch für den Dienstleistungsbereich. Dagegen ist der Grad der Modernität der Bauten als sehr hoch einzuschätzen – er liegt seit Mitte der 2000er Jahre über dem westdeutschen Niveau und bestimmt aufgrund des hohen Gewichts der Bauten an den Anlagen insgesamt den hohen Modernitätsgrad des ostdeutschen Produktionsapparats. Vor diesem Hintergrund waren die Bauinvestitionen im Jahr 2010 auch nochmals rückläufig und nahmen im Aufschwungjahr 2011 mit 1,6% vergleichsweise mäßig zu (Westdeutschland: 2010: +3,2% bzw. 2011: 7,8%). Die Bauinvestitionen pro Kopf fallen im Vergleich zu Westdeutschland deshalb auch seit geraumer Zeit niedriger aus (vgl. Abbildung 13).

Das schnellere Wachstum des Sachanlagevermögens gegenüber der Beschäftigung hat in den Jahren 2010 und 2011 zu einer Erhöhung der Kapitalintensität der Produktion um 1,1% bzw. 1,4% beigetragen. Dies resultiert vor allem aus einer besseren Ausstattung der Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich, die im Vergleich zu Westdeutschland auch einen größeren Nachholbedarf aufweisen. Das Produzierende Gewerbe hat bereits seit dem Jahr 2004 eine höhere Ausstattung an Maschinen als die westdeutsche Industrie.

Der Kapitaleinsatz je Arbeitsplatz in der Industrie ist im Osten deutlich höher als im Westen, und im Dienstleistungssektor nähert er sich dem westdeutschen Wert an. Trotzdem hinkt die Arbeitsproduktivität weiter deutlich hinter der in Westdeutschland her. Zwar konnte im Zusammenhang mit der nach der Krise 2008/2009 einsetzenden konjunkturellen Erholung die Arbeitsproduktivität der ostdeutschen Wirtschaft kräftig zulegen. Sie lag zwei Jahre nach der Krise bereits wieder leicht über dem Vorkrisenniveau. Der Rückstand zu Westdeutschland konnte aber nur minimal abgebaut werden; er bleibt in der ostdeutschen Wirtschaft insgesamt bei etwa einem Viertel. Die Kapitalproduktivität konnte den krisenbedingten Verlust bis zum Jahr 2011 nicht wettmachen. Bezogen auf die Ausrüstungen wird der westdeutsche Stand um etwa 22% unterschritten.

Im Produzierenden Gewerbe ist der Produktivitätsabstand gegenüber dem Westen in den vergangenen Jahren von einem Viertel auf etwa 30% bezüglich des Faktors Arbeit und von nahezu 30% auf etwa 40% bezüglich des verfügbaren Ausrüstungsbestands gestiegen. Die zwei Hauptursachen für diese Entwicklung sind weiter oben bereits an-

Abbildung 11:  
Entwicklung der Investitionen in Ausrüstungen, sonstige Anlagen und Bauten im Ost-West-Vergleich<sup>a</sup>  
- Investitionen in Preisen von 2005, Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

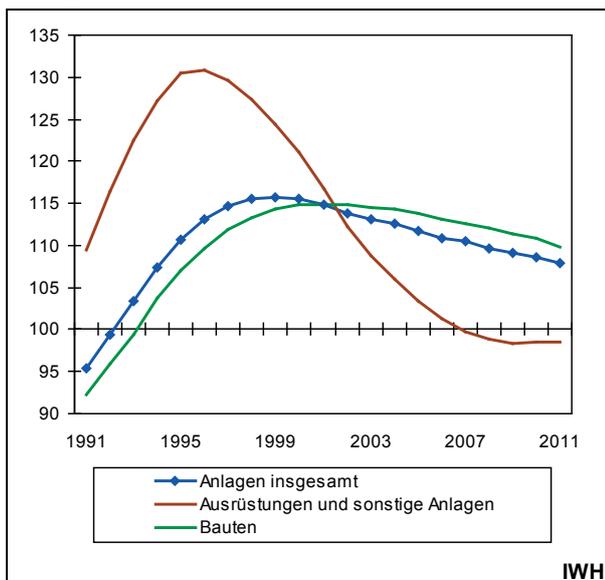
Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: März 2014); Berechnungen und Darstellung des IWH.

gesprochen worden: Was die Kapitalproduktivität betrifft, bewirkte die Investitionszulage weiterhin, dass sich in Ostdeutschland Investitionsprojekte noch einzelwirtschaftlich rechneten, die in Westdeutschland wegen zu niedriger erwarteter Rendi-

ten nicht durchgeführt worden wären. Zum anderen wurde der Absatz des ostdeutschen Produzierenden Gewerbes von der Konjunkturschwäche in Europa wohl härter getroffen als der des westdeutschen Gewerbes.

Abbildung 12 :  
Modernitätsgrad der Anlagen in der ostdeutschen Wirtschaft<sup>a,b</sup>

- in %, Westdeutschland = 100 -



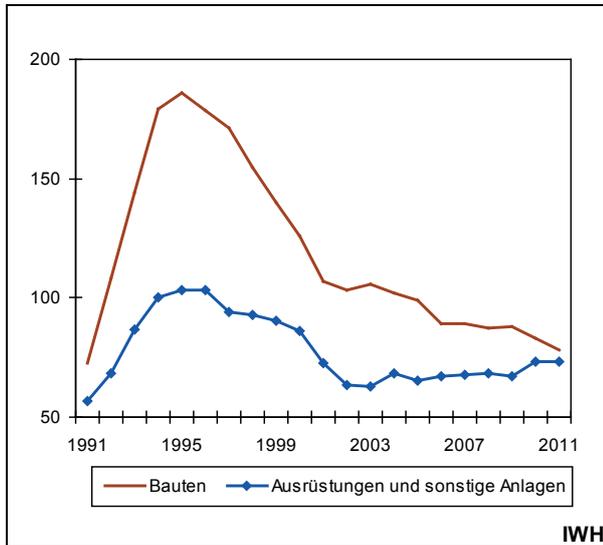
<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin. – <sup>b</sup> Verhältnis von Netto- zu Bruttoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen (Bestand am Jahresende).

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: März 2014). Berechnungen und Darstellung des IWH.

Im Dienstleistungssektor nahm dagegen die Arbeitsproduktivität zu. Die Kapitalproduktivität verharrt in etwa bei 94% der westdeutschen Verhältnisse, bezogen auf Ausrüstungen und sonstige Anlagen zieht sie sogar in etwa gleich (vgl. Abbildung 14).

Im Jahr 2013 ist die Investitionszulage ausgelaufen. Die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe dürften deshalb eine ganze Reihe von Investitionen in Sachgüter vorgezogen haben. Deshalb ist in den kommenden Jahren im Produzierenden Bereich wohl mit einer moderateren Investitionstätigkeit zu rechnen. Was die Bauinvestitionen betrifft, dürften die Maßnahmen zur Beseitigung der Flutschäden aus dem Jahr 2013 insbesondere die Investitionen im Infrastrukturbereich im laufenden Jahr noch etwas stärken. Die Impulse dürften aufgrund des bereits erreichten hohen Modernitätsgrads der Bauten im Vergleich zu Westdeutschland aber alles in allem verhalten sein. Für geringere Bauinvestitionen sprechen auch generell die für Ostdeutschland typischen Fundamentalfaktoren wie die anhaltend rückläufige Bevölkerungsentwicklung, niedrige Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte sowie die mangelnde Finanzausstattung der Kommunen.

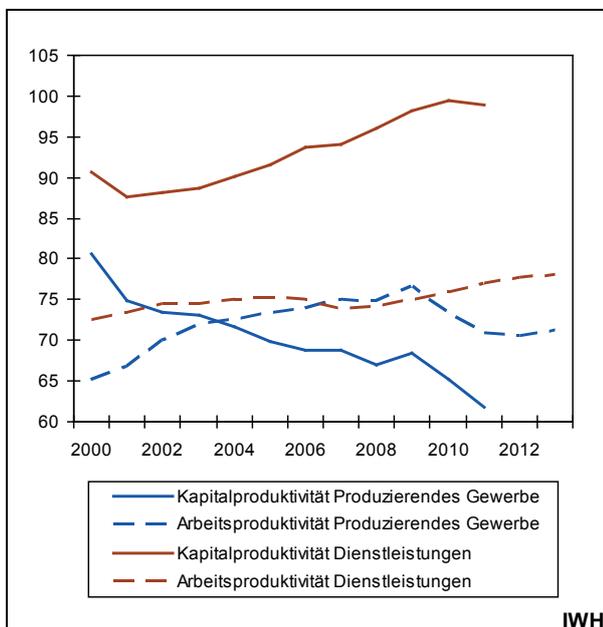
Abbildung 13:  
Ausrüstungs- und Bauinvestitionen pro Kopf<sup>a</sup>  
- Niveaurelation je Einwohner in jeweiligen Preisen, West-  
deutschland = 100 -



<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: März 2014); Berechnungen und Darstellung des IWH.

Abbildung 14:  
Produktivität der Faktoren Arbeit und Ausrüstungen  
im Produzierenden Gewerbe und bei den Dienst-  
leistungen<sup>a</sup>  
- in %, Westdeutschland = 100 -



<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

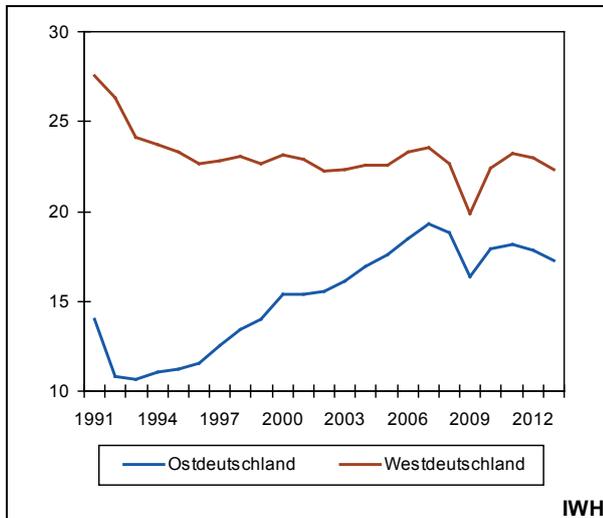
Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: März 2014). Berechnungen und Darstellung des IWH.

### Aufholprozess im Verarbeitenden Gewerbe seit der Großen Rezession gestoppt

Die industriellen Cluster in Ostdeutschland haben nicht die Größe und Leistungsfähigkeit derjenigen in Westdeutschland; dennoch darf es als ein Erfolg der deutschen Vereinigung gewertet werden, dass es überhaupt in größerem Umfang zu einer Neubildung industrieller Cluster im Osten gekommen ist. Den Prozess der Reindustrialisierung des Ostens zeigt der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung: Er war nach Abwicklung eines Großteils der DDR-Betriebe in den frühen 1990er Jahren auf den extrem geringen Wert von 10% gefallen, stieg aber in der Folgezeit auf knapp 20% im Jahr 2007 und damit auf ein Niveau, das zwar deutlich unter dem westdeutschen, aber über dem in vielen anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften liegt. Infolge der Großen Rezession und der Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum ist die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe dann geschrumpft, zwar auch in Westdeutschland, dort aber insgesamt in deutlich geringerem Maß (vgl. Abbildung 15). Es stellt sich die Frage, ob damit der Aufholprozess im Verarbeitenden Gewerbe auch auf längere Sicht zu einem Ende gekommen ist. Dagegen spricht, dass die Unternehmen bis ins Jahr 2011<sup>26</sup> das Bruttoanlagevermögen im Produzierenden Gewerbe (das neben dem Verarbeitenden Gewerbe den Bergbau, die Energie- und Wasserversorgung, das Baugewerbe sowie die Betriebe des produzierenden Handwerks mit einschließt) im Osten weiter ausdehnten, während es im Westen preisbereinigt seit Anfang des vergangenen Jahrzehnts leicht zurückging (vgl. Abbildung 16). Dabei hat die mit rückläufigen Sätzen bis ins Jahr 2013 gewährte Zulage für Investitionen im ostdeutschen Produzierenden Gewerbe sicher geholfen. In Produktion und Absatz schlug sich das aber zuletzt nicht nieder. Dabei dürften konjunkturelle Nachfrageschwankungen eine wichtige Rolle spielen: In Ostdeutschland fällt die Produktion von Vorleistungsgütern besonders ins Gewicht. Weil diese Vorleistungsgüter vornehmlich in Europa abgesetzt werden, hat die Eurokrise das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe stärker getroffen als das westdeutsche. Es wird wohl vor allem von der mittelfristigen wirtschaftlichen Dynamik in Europa abhängen, ob die vorleistungsgüterorientierten Industrien in Ostdeutschland in den kommenden Jahren wieder schneller wachsen werden als der Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes in Gesamtdeutschland.

<sup>26</sup> 2011 ist das letzte Jahr, für das Daten zum Bruttoanlagevermögen auf Länderebene verfügbar sind.

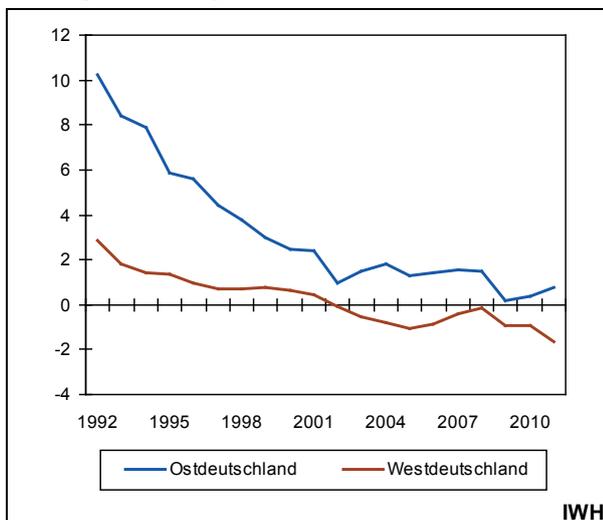
Abbildung 15:  
Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Brutto-  
wertschöpfung im Ost-West-Vergleich<sup>a</sup>  
- in % -



<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: März 2014); Berechnungen und Darstellung des IWH.

Abbildung 16:  
Zuwachsraten des Bruttoanlagevermögens im Pro-  
duzierenden Gewerbe im Ost-West-Vergleich<sup>a</sup>  
- in %, preisbereinigt, verkettet -



<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: Mai 2014); Berechnungen und Darstellung des IWH.

### Mäßiges Einkommensgefälle zwischen West und Ost

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner beträgt in Ostdeutschland etwa 67% des Westniveaus, das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte liegt dagegen bei knapp 84%. Hinweise darauf, warum

die ostdeutschen Einkommen so viel besser abschneiden als das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt, können aus den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder gewonnen werden: Dort errechnen sich die Einkommen über einen Zwischenschritt, der das Bruttoinlandsprodukt um Primäreinkommen korrigiert, die aus der betrachteten Volkswirtschaft heraus- und hereinfließen. Das so gewonnene Bruttonationaleinkommen je Einwohner liegt im Osten bei 71½% des Westniveaus: Auf die Arbeits-einkommen von Pendlern ist zurückzuführen, dass die Lücke zum Westen damit um viereinhalb Prozentpunkte verringert wird. Zwischen dem Bruttonationaleinkommen und dem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte liegen vor allem die Einkommensströme zwischen den Privaten und dem Staat.<sup>27</sup> Durch sie verringert sich die Lücke weiter um reichlich 12½ Prozentpunkte auf etwa 16%. Die Hauptrolle spielen hier die Transfers über die Sozialversicherungssysteme, vor allem die gesetzliche Rentenversicherung: Wie aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder hervorgeht, haben die Einkommen aus Alters- und Hinterbliebenenversorgung im Westen eine Größenordnung von gut 10% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, im Osten aber von knapp 18%. Wird unterstellt, dass die Zahlungen der privaten Haushalte im Zusammenhang mit Alters- und Hinterbliebenenversorgung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in West und Ost ungefähr gleich hoch sind, ergibt sich, dass das deutsche Rentenversicherungssystem den Einkommensunterschied zwischen West und Ost um knapp acht Prozentpunkte reduziert.

Die Bruttolöhne und -gehälter, der Hauptbestandteil der privaten Haushaltseinkommen, sind je Arbeitnehmer in den Jahren 2010 und 2011 etwas schneller gestiegen als im Westen (vgl. Tabelle 22). Im Jahr 2012 kam der Angleichungsprozess zwar zum Erliegen, im Jahr 2013 dürfte er sich aber wieder fortgesetzt haben.

Hinter dieser Entwicklung steht, dass die Tariflöhne in Ostdeutschland im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft nach wie vor meist schneller als in Westdeutschland steigen (vgl. Abbildung 17). Dies geht vor allem auf den Dienstleistungsbereich zurück, während im Produzierenden Gewerbe wohl auch aufgrund der Produktivitätsverluste in den vergangenen beiden Jahren eine verhaltenere Lohnsteigerung als in Westdeutschland vereinbart wurde.

<sup>27</sup> Darüber hinaus werden die Einkommen, die den Unternehmen zufließen, und die Abschreibungen subtrahiert.

Tabelle 22:  
Bruttoeinkommen der privaten Haushalte in Ostdeutschland<sup>a</sup>

	2010	2011	2012
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	2,5	3,5	2,6
monetäre Sozialleistungen	0,4	-1,0	0,6
Selbstständigen- und Vermögenseinkommen	2,1	6,2	1,1
Bruttoeinkommen insgesamt	1,8	2,7	1,7
nachrichtlich: Masseneinkommen <sup>b</sup> (brutto)	1,7	1,8	1,9
nachrichtlich: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inländer)			
Ostdeutschland	2,5	3,1	2,4
Westdeutschland	2,4	2,9	2,6

<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin. – <sup>b</sup> Summe aus Bruttolöhnen und -gehältern und den monetären Sozialleistungen. Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: Mai 2014); Berechnungen des IWH.

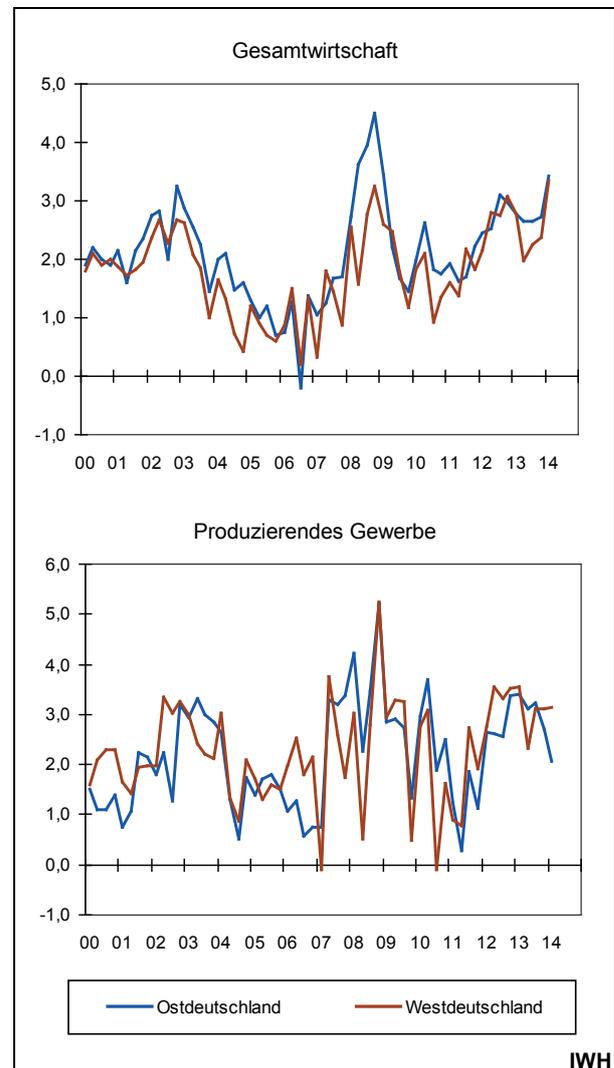
Die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns dürfte die ostdeutschen Löhne etwas näher an das westdeutsche Niveau heranführen (vgl. Kasten). Allerdings sind dann wohl entsprechende Arbeitsplatzverluste zu befürchten. Angesichts der eingeräumten Möglichkeit, durch Tarifverträge erst später vom Mindestlohngesetz erfasst zu werden, werden aktuell vermehrt Tarifverhandlungen vor allem auch im Dienstleistungsbereich geführt. Allerdings ist nicht damit zu rechnen, dass die hier vereinbarten Tarifabschlüsse für die unteren Lohngruppen auch zu einem gleich hohen Anstieg der Ecklohngruppe führen werden, der in den Tariflohnindex eingeht.

Die ostdeutschen Betriebsüberschüsse und Selbstständigeneinkommen stiegen in den vergangenen Jahren deutlich, wenngleich im Jahr 2012 etwas verhaltener. Alles in allem sind in den vergangenen Jahren bei den verfügbaren Einkommen je Einwohner kaum noch Unterschiede zum westdeutschen Anstieg auszumachen. Auch die privaten Konsumausgaben je Einwohner nahmen in etwa in gleichem Maße wie in Westdeutschland zu (vgl. Abbildung 18).

In den vergangenen Jahren haben die ostdeutschen privaten Haushalte ihre Konsumausgaben stärker ausgeweitet, als ihre verfügbaren Einkommen gestiegen sind. Dies ging zu Lasten des Sparens. Die ostdeutsche Sparquote lag im Jahr 2012 mit 8,2% (vgl. Tabelle 23) 2,5 Prozentpunkte niedriger als die in Westdeutschland. Die niedrigere Spar-

Abbildung 17:  
Tariflohnentwicklung auf Stundenbasis in der Gesamtwirtschaft und im Produzierenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands<sup>a</sup>

- Veränderung gegenüber Vorjahresquartal, in % -



<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Bundesbank; Berechnungen und Darstellung des IWH.

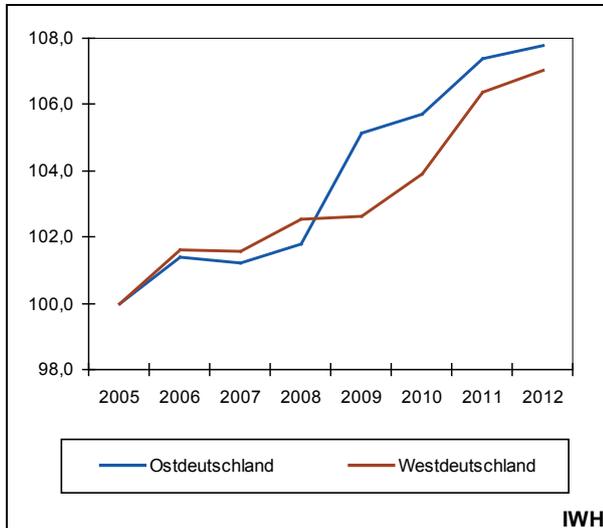
neigung der ostdeutschen privaten Haushalte hat nicht zuletzt Auswirkungen auf die Vermögen in Ost und West.

So zeigt eine Auswertung des Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) für das Jahr 2012, dass Personen ab 17 Jahren in Ostdeutschland durchschnittlich ein individuelles Nettovermögen von 41 000 Euro besitzen. In Westdeutschland lagen die Nettovermögen hingegen bei knapp 94 000 Euro. Der Median-Wert der Nettovermögen<sup>28</sup> beträgt in Ost-

<sup>28</sup> Der Medianlohn wird dadurch definiert, dass 50% der befragten Personen ein niedrigeres bzw. höheres Einkommen angeben.

deutschland 8 000 Euro, in Westdeutschland 21 000 Euro.

Abbildung 18:  
Reale private Konsumausgaben je Einwohner<sup>a</sup>  
- Index 2005 = 100 -



<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: Mai 2014); Berechnungen und Darstellung des IWH.

Tabelle 23:  
Verfügbares Einkommen, Konsumausgaben und Ersparnis der privaten Haushalte in Ostdeutschland<sup>a</sup>

	2010	2011	2012
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
verfügbares Einkommen nominal	1,9	2,4	1,4
real	-0,1	0,3	-0,2
private Konsumausgaben nominal	1,9	3,1	1,6
real	-0,1	1,0	0,0
Ersparnis	1,7	-4,8	-1,0
Sparquote (Ersparnis in % der verfügbaren Einkommen)	9,0	8,4	8,2
Konsumdeflator	2,0	2,0	1,7
nachrichtlich (Inland): Tariflöhne je Stunde	2,0	1,8	2,8
Effektivlöhne je Arbeitnehmer	2,4	3,4	2,6
Bruttolöhne und -gehälter	2,9	3,6	2,8
reale private Konsumausgaben je Einwohner	0,5	1,6	0,4

<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: Mai 2014); Berechnungen des IWH.

### Einkommensverwendung: Staatskonsum fällt im Osten weiter sehr hoch aus

Die privaten Konsumausgaben in Ostdeutschland liegen je Einwohner und nominal um etwa 15% unter denen im Westen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Niveau der Konsumentenpreise im Osten etwas niedriger liegt. Zwar ermittelt das Statistische Bundesamt keine regionalen Preisindizes; Untersuchungen des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung und des DIW sowie die Praxis bei der Gewährung von Grundsicherungsleistungen deuten aber darauf hin, dass das Konsumentenpreinsniveau im Osten in einer Größenordnung von etwa 6% niedriger liegt als im Westen.<sup>29</sup> Demnach dürfte das Niveau des preisbereinigten privaten Konsums im Osten rund 90% des Westniveaus betragen.

Relativ zum Bruttoinlandsprodukt liegt das (wieder in jeweiligen Preisen gerechnete) Verhältnis zwischen privatem Konsum und dem Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland mit etwa 71% um 15 Prozentpunkte höher als das im Westen (vgl. Tabelle 24, Daten für das Jahr 2011). Auch der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt übersteigt im Osten mit etwa 20% vor allem wegen höherer Bauinvestitionen den im Westen, freilich nur um 2½ Prozentpunkte. Bemerkenswert ist, dass der Anteil des Staatskonsums an der Produktion mit 27% neun Prozentpunkte höher liegt.<sup>30</sup>

Die Summe aus privatem und öffentlichem Konsum sowie den Bruttoanlageinvestitionen bildet die binnenwirtschaftliche Endnachfrage einer Volkswirtschaft. Sie übersteigt das Bruttoinlandsprodukt im Osten weiterhin beträchtlich: Der Nachfrageüberhang liegt bei knapp 20%. Würden regionale Zahlungsbilanzen ermittelt, entspräche er in etwa dem Defizit der Handels- und Dienstleistungsbilanz Ostdeutschlands gegenüber dem Rest der

<sup>29</sup> Vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, a. a. O., insb. Seite 68. – Vortmann, H.; Goebel, J.; Krause, P.; Wagner, G. G.: Zur Entwicklung der Preisniveaus in Ost- und Westdeutschland. *DIW Discussion Papers 1269*, 2013, 27. Wegen niedrigerer Kosten der Unterkunft erhielt eine Single-Bedarfsgemeinschaft im Jahr 2012 in Ostdeutschland um etwa 7% geringere Leistungen als eine Bedarfsgemeinschaft des gleichen Typs im Westen; vgl. IAB: Potenzialnutzung in Ostdeutschland, in: *IAB-Forschungsbericht 6/2014*, 55.

<sup>30</sup> Hinter dieser Größe stehen die Kosten der Leistungserstellung für die Allgemeinheit, die vor allem aus den Gehältern der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, aber auch aus vom Staat nachgefragten Vorleistungen sowie aus sozialen Sachleistungen bestehen.

Tabelle 24:  
Anteile ausgewählter Nachfragekomponenten am Bruttoinlandsprodukt  
- in % -

	1991	1996	2001	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	<i>Ostdeutschland (ohne Berlin)</i>									
privater Konsum	92,8	72,5	76,2	72,1	69,4	69,2	73,2	71,3	71,2	71,0
Staatskonsum	38,4	30,7	28,9	26,3	25,5	26,1	28,4	27,7	27,3	–
Anlageinvestitionen	42,5	44,2	27,9	21,1	21,5	21,4	19,8	20,0	20,4	–
neue Ausrüstungen <sup>a</sup>	18,3	13,1	11,2	9,7	10,1	10,2	8,3	9,3	9,6	–
neue Bauten	25,0	31,8	17,4	12,1	12,1	11,9	12,1	11,4	11,6	–
Inlandsverwendung <sup>b</sup>	173,7	147,3	133,1	119,5	116,4	116,8	121,4	119,0	118,9	–
	<i>Westdeutschland (mit Berlin)</i>									
privater Konsum	54,9	56,2	56,5	56,1	54,2	54,5	56,8	55,8	55,7	55,9
Staatskonsum	17,4	18,3	17,8	17,4	16,9	17,3	19,0	18,5	18,1	–
Anlageinvestitionen	21,8	18,4	19,1	17,7	18,1	18,2	16,9	17,1	17,9	–
neue Ausrüstungen <sup>a</sup>	10,8	7,8	9,6	9,4	9,8	9,8	8,3	8,5	8,7	–
neue Bauten	11,5	11,0	10,1	8,9	8,9	9,0	9,2	9,3	9,9	–
Inlandsverwendung <sup>b</sup>	94,1	92,9	93,3	91,1	89,1	90,0	92,7	91,4	91,7	–

<sup>a</sup> Einschließlich sonstiger Anlagen. – <sup>b</sup> Summe der ausgewiesenen Verwendungsaggregate: Privater Konsum, Staatskonsum und Anlageinvestitionen, d. h. Inlandsverwendung ohne Vorratsveränderungen.

Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (Rechenstand: Mai 2014); Berechnungen des IWH.

Welt.<sup>31</sup> Wie schon weiter oben angesprochen sind die wichtigsten Kanäle, über die dieses Defizit finanziert wird, die Pendlereinkommen und die Sozialversicherungssysteme.

### Fazit

Der Blick auf strukturelle Trends in der ostdeutschen Wirtschaft hat gezeigt, dass die Produktivität weiterhin erheblich hinter der westdeutschen zurückbleibt. Allerdings ist der Abstand der Konsumniveaus zwischen beiden Landesteilen relativ gering. Rentenversicherungssystem und Pendlerströme spielen bei der Finanzierung des ostdeutschen Konsumniveaus eine große Rolle. Jedenfalls liegt es auch am relativ geringen Gefälle im Lebensstandard, dass die Nettowanderung von Ost nach West mittlerweile (im Jahr 2012, aktuellere Daten liegen nicht vor) auf wenig mehr als 0,1% der ostdeutschen Bevölkerung gefallen ist.

Allerdings holt der Osten wirtschaftlich in vielerlei Hinsicht gegenüber dem Westen kaum noch auf. So ist die Reindustrialisierung seit einigen Jahren zum Stehen gekommen, und demographisch verschlechtert sich die Lage in Ostdeutschland, auch verglichen mit der im Westen, sogar deutlich. Die wirtschaftliche Zukunft Ostdeutschlands ist in zweierlei Hinsicht stark von Entwicklungen in der Europäischen Union als Ganzes betroffen: Zum einen wäre es für die ostdeutsche Industrie besonders wichtig, dass die Nachfrage aus dem europäischen Umfeld in den nächsten Jahren wieder kräftiger zulegt. Zum anderen kann die Zuwanderung aus anderen Ländern der Europäischen Union die Verschlechterung des Arbeitsangebots aufgrund von Alterung und Schrumpfung der ostdeutschen Bevölkerung lindern.

<sup>31</sup> Die Handels- und Dienstleistungsbilanz ergibt sich, wenn auch die Lagerveränderungen berücksichtigt werden. Auf Ebene von Teilregionen Deutschlands sind Lagerdaten nicht verfügbar. Die Leistungsbilanz ergäbe sich, wenn zum Saldo der Handels- und Dienstleistungsbilanz der Saldo aus Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie der laufenden Übertragungen hinzuaddiert würde. Die letzteren beiden Salden liegen für West- und Ostdeutschland getrennt oder auch auf Ebene der Bundesländer nicht vor.

## Anhang

Tabelle A1.1:

Entwicklung der realen Bruttowertschöpfung (BWS) und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland<sup>a</sup> nach Wirtschaftsbereichen

	2010	2011	2012	2013
<b>Bruttowertschöpfung</b>				
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-11,9	-24,3	14,8	0,3
Produzierendes Gewerbe	11,6	2,3	-2,0	-0,6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-7,0	-5,1	...	...
Verarbeitendes Gewerbe	17,2	5,5	-1,9	-0,7
Energieversorgung	3,8	-19,6	...	...
Wasserversorgung	-6,3	-2,8	...	...
Baugewerbe	7,5	5,8	-4,0	-1,3
Dienstleistungsbereiche	0,7	1,6	0,8	0,3
Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	-3,6	3,9	0,3	1,6
Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe	-4,9	2,2	-0,0	...
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	-8,6	1,3	...	...
Verkehr und Lagerei	1,2	3,2	...	...
Gastgewerbe	-2,7	4,0	...	...
Information und Kommunikation	4,0	13,4	1,7	...
Finanz-, Versicherungs- u. Unt.dienstleister; Grundstücks- u. Wohnungswesen	4,8	3,0	2,1	1,0
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,2	7,7	4,4	...
Grundstücks- und Wohnungswesen	2,2	2,9	1,6	...
Unternehmensdienstleister	9,6	2,0	2,1	...
öffentl. u. sonst. Dienstleister, Erziehung u. Gesundheit, private Haushalte	0,2	-0,8	0,0	-1,0
öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	0,1	-0,6	-0,0	...
öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0,7	-2,4	...	...
Erziehung und Unterricht	-8,0	-3,4	...	...
Gesundheits- und Sozialwesen	5,2	2,9	...	...
Kunst, Unterhaltung u. Erholung; sonst. Dienstleister, private Haushalte	1,0	-1,8	0,4	...
<b>Bruttowertschöpfung insgesamt</b>	<b>3,6</b>	<b>1,4</b>	<b>0,1</b>	<b>-0,0</b>
<i>nachrichtlich: Unternehmenssektor<sup>b</sup></i>	4,9	2,1	-0,2	0,2
<b>Erwerbstätige</b>				
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-0,3	1,7	0,1	-1,5
Produzierendes Gewerbe	-0,3	2,5	1,0	-0,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-3,3	2,9	...	...
Verarbeitendes Gewerbe	-0,3	3,3	1,6	0,1
Energieversorgung	1,0	-0,5	...	...
Wasserversorgung	-3,2	-0,5	...	...
Baugewerbe	0,1	1,7	-0,1	-1,2
Dienstleistungsbereiche	0,6	-0,7	-0,1	-0,1
Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	-0,5	0,8	0,4	-0,3
Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe	-0,2	0,7	0,4	...
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	-0,8	0,8	...	...
Verkehr und Lagerei	0,9	1,2	...	...
Gastgewerbe	0,2	0,2	...	...
Information und Kommunikation	-3,6	1,8	-0,5	...
Finanz-, Versicherungs- u. Unt.dienstleister; Grundstücks- u. Wohnungswesen	4,7	0,9	-0,3	0,5
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-1,0	-2,5	-0,9	...
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,7	-0,3	0,3	...
Unternehmensdienstleister	6,0	1,5	-0,3	...
öffentl. u. sonst. Dienstleister, Erziehung u. Gesundheit, private Haushalte	-0,4	-2,7	-0,3	-0,3
öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	-0,3	-2,7	-0,2	...
öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	-1,4	-6,0	...	...
Erziehung und Unterricht	-3,6	-4,4	...	...
Gesundheits- und Sozialwesen	2,7	0,7	...	...
Kunst, Unterhaltung u. Erholung; sonst. Dienstleister, private Haushalte	-0,8	-2,7	-0,6	...
<b>Erwerbstätige insgesamt</b>	<b>0,4</b>	<b>0,1</b>	<b>0,2</b>	<b>-0,2</b>
<i>nachrichtlich: Unternehmenssektor<sup>b</sup></i>	0,8	1,5	0,4	-0,2

<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin. – <sup>b</sup> Ohne öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, private Haushalte.

Quellen: Arbeitskreise „VGR der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Veröffentlichung: März 2014).

Tabelle A1.2:  
Entwicklung der realen BWS und Erwerbstätigkeit in Westdeutschland<sup>a</sup> nach Wirtschaftsbereichen

	2010	2011	2012	2013
<b>Bruttowertschöpfung</b>				
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-15,8	-22,0	2,1	-0,4
Produzierendes Gewerbe	15,8	5,7	-0,6	0,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-1,1	-16,0	...	...
Verarbeitendes Gewerbe	20,4	9,5	-0,6	0,2
Energieversorgung	2,5	-24,0	...	...
Wasserversorgung	-11,9	1,6	...	...
Baugewerbe	9,0	4,4	-2,0	-0,3
Dienstleistungsbereiche	0,4	2,9	1,5	0,8
Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	-3,9	3,9	1,0	0,9
Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe	-4,9	2,7	0,7	...
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	-8,6	0,3	...	...
Verkehr und Lagerei	3,3	7,1	...	...
Gastgewerbe	-1,1	6,2	...	...
Information und Kommunikation	-0,6	8,0	2,1	...
Finanz-, Versicherungs- u. Unt.dienstleister; Grundstücks- u. Wohnungswesen	2,2	3,1	2,1	1,2
Finanz- und Versicherungsdienstleister	1,3	1,9	1,7	...
Grundstücks- und Wohnungswesen	-0,2	3,5	1,6	...
Unternehmensdienstleister	5,1	3,2	3,0	...
öffentl. u. sonst. Dienstleister, Erziehung u. Gesundheit, private Haushalte	2,0	1,6	1,1	0,2
öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	2,4	1,9	1,0	...
öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	1,4	0,5	...	...
Erziehung und Unterricht	1,6	1,9	...	...
Gesundheits- und Sozialwesen	3,8	3,0	...	...
Kunst, Unterhaltung u. Erholung; sonst. Dienstleister, private Haushalte	0,2	0,5	1,6	...
<b>Bruttowertschöpfung insgesamt</b>	<b>4,5</b>	<b>3,6</b>	<b>0,9</b>	<b>0,5</b>
<i>nachrichtlich:</i> Unternehmenssektor <sup>b</sup>	4,8	4,1	0,6	0,3
<b>Erwerbstätige</b>				
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-2,2	3,2	-1,1	-5,4
Produzierendes Gewerbe	-1,3	1,7	1,6	0,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-5,3	-3,7	...	...
Verarbeitendes Gewerbe	-2,1	1,7	1,6	0,3
Energieversorgung	0,3	-0,4	...	...
Wasserversorgung	0,5	1,8	...	...
Baugewerbe	0,8	2,3	1,9	1,3
Dienstleistungsbereiche	1,3	1,5	1,2	0,9
Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	-0,4	1,4	1,1	0,3
Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe	-0,1	1,5	0,9	...
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	-0,3	1,2	...	...
Verkehr und Lagerei	-0,3	1,5	...	...
Gastgewerbe	1,1	2,1	...	...
Information und Kommunikation	-2,6	1,2	3,0	...
Finanz-, Versicherungs- u. Unt.dienstleister; Grundstücks- u. Wohnungswesen	3,5	3,4	1,3	1,8
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-0,1	-0,5	-0,3	...
Grundstücks- und Wohnungswesen	1,8	1,1	1,0	...
Unternehmensdienstleister	4,6	4,6	1,7	...
öffentl. u. sonst. Dienstleister, Erziehung u. Gesundheit, private Haushalte	1,5	0,6	1,2	0,8
öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	1,9	0,6	1,3	...
öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0,1	-3,8	...	...
Erziehung und Unterricht	2,2	2,1	...	...
Gesundheits- und Sozialwesen	2,8	2,4	...	...
Kunst, Unterhaltung u. Erholung; sonst. Dienstleister, private Haushalte	0,3	0,5	1,1	...
<b>Erwerbstätige insgesamt</b>	<b>0,6</b>	<b>1,6</b>	<b>1,3</b>	<b>0,7</b>
<i>nachrichtlich:</i> Unternehmenssektor <sup>b</sup>	0,2	2,1	1,3	0,6

<sup>a</sup> Westdeutschland mit Berlin. – <sup>b</sup> Ohne öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, private Haushalte.

Quellen: Arbeitskreise „VGR der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Veröffentlichung: März 2014).

Tabelle A2:

Anteile der Wirtschaftszweige an der nominalen Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland (ohne Berlin)  
- in % -

	1991	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	ABL 2012
Land- und Forstwirtschaft	3,1	1,5	1,8	2,0	1,5	1,6	1,6	1,9	0,7
Bergbau, Energie-, Wasserversorgung	8,4	4,7	4,9	4,9	5,4	5,3	4,9	5,0	3,3
Verarbeitendes Gewerbe	14,0	18,5	19,3	18,8	16,4	18,0	18,2	17,8	23,0
Baugewerbe	12,1	6,0	6,1	6,3	6,6	6,8	7,1	7,0	4,4
Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	20,2	18,5	17,8	17,5	17,4	16,1	16,3	16,3	18,9
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks-, Wohnungswesen	9,9	22,0	22,1	22,0	22,3	22,5	22,8	22,7	27,7
öffentliche u. sonstige Dienst- leister, Erziehung und Gesund- heit, private Haushalte	32,4	28,8	27,9	28,5	30,5	29,7	29,1	29,4	22,1
Bruttowertschöpfung insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: März 2014); Berechnungen des IWH.

Tabelle A3:

Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands (ohne Berlin) und ausgewählte Nachfragekomponenten

	1991	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	<i>in Mio. Euro (jeweilige Preise)</i>								
Bruttoinlandsprodukt	106 493	258 727	270 452	274 969	266 389	278 719	287 800	293 446	300 119
privater Konsum	98 804	186 538	187 704	190 405	195 048	198 812	204 971	208 279	...
Staatskonsum	40 909	68 087	68 922	71 879	75 720	77 221	78 583	...	...
Anlageinvestitionen	45 297	54 616	58 266	58 861	52 654	55 779	58 617	...	...
neue Ausrüstungen <sup>a</sup>	19 478	24 992	27 282	27 910	21 982	25 915	27 518	...	...
neue Bauten	26 626	31 376	32 802	32 827	32 327	31 898	33 362	...	...
Inlandsverwendung <sup>b</sup>	185 010	309 240	314 892	321 145	323 423	331 812	342 171	...	...
Saldo <sup>c</sup>	-78 517	-50 513	-44 440	-46 176	-57 034	-53 092	-54 371	...	...
	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in % (preisbereinigt, verkettet, Basis 2005 = 100)</i>								
Bruttoinlandsprodukt		3,2	2,6	0,3	-4,0	3,2	1,4	0,1	-0,1
privater Konsum		0,7	-0,9	-0,3	2,5	-0,1	1,0	-0,0	...
Staatskonsum		0,0	0,3	3,2	3,0	-0,5	-0,1	...	...
Anlageinvestitionen		2,6	3,9	-0,5	-11,3	5,2	3,1	...	...
neue Ausrüstungen <sup>a</sup>		12,5	9,5	2,5	-21,3	17,8	5,6	...	...
neue Bauten		-4,4	-1,1	-3,4	-2,7	-2,5	1,6	...	...
Inlandsverwendung <sup>b,d</sup>		0,9	0,2	0,4	0,1	0,7	1,1	...	...

<sup>a</sup> Einschließlich sonstiger Anlagen. – <sup>b</sup> Summe der ausgewiesenen Verwendungsaggregate: privater Konsum, Staatskonsum und Anlageinvestitionen, d. h. Inlandsverwendung ohne Vorratsveränderungen. – <sup>c</sup> Saldo aus Inlandsverwendung (ohne Vorratsveränderungen) und Bruttoinlandsprodukt. –

<sup>d</sup> Die durch Verkettung der Volumenwerte entstehenden Differenzen wurden nicht bereinigt.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: Mai 2014); Berechnungen des IWH.

Tabelle A4:  
Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche zur Wachstumsrate der realen Wertschöpfung  
- in Prozentpunkten -

	Ostdeutschland <sup>a</sup>					Westdeutschland <sup>a</sup>				
	2009	2010	2011	2012	2013	2009	2010	2011	2012	2013
Bruttowertschöpfung insgesamt <sup>b</sup>	-4,4	3,6	1,4	0,1	-0,0	-5,8	4,5	3,6	0,8	0,5
<i>darunter:</i>										
Verarbeitendes Gewerbe	-3,8	2,8	1,0	-0,3	-0,1	-4,7	4,1	2,1	-0,1	0,1
Baugewerbe	-0,3	0,5	0,4	-0,3	-0,1	-0,2	0,4	0,2	-0,1	0,0
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	-0,5	-0,6	0,6	0,0	0,3	0,0	-0,8	0,7	0,2	0,2
Finanz-, Versicherungs-, Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen	-0,4	1,1	0,7	0,5	0,2	-1,4	0,6	0,9	0,6	0,3
öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	0,1	0,1	-0,2	0,0	-0,3	0,2	0,4	0,4	0,2	0,0
Bruttowertschöpfung der Unternehmen <sup>c</sup>	-5,1	3,4	1,5	-0,1	0,1	-5,9	3,7	3,2	0,5	0,2
<i>nachrichtlich:</i>										
Bruttoinlandsprodukt (Veränderung in %)	-4,0	3,2	1,4	0,1	-0,1	-5,3	4,1	3,6	0,8	0,5

<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin. – <sup>b</sup> Die Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung und des Bruttoinlandsprodukts unterscheiden sich aufgrund der Zurechnung der zweigübergreifenden Komponenten des Bruttoinlandsprodukts, d. h. der Gütersteuern und der Gütersubventionen. – <sup>c</sup> Ohne öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, private Haushalte.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: März 2014); Berechnungen des IWH.

Tabelle A5:  
Tariforientierung in den Betrieben Ost- und Westdeutschlands<sup>a</sup> im Jahr 2013  
- Anteile der Beschäftigten in % -

	Branchen-tarifvertrag		Haus-/Firmen-tarifvertrag		kein Tarifvertrag		<i>davon:</i> Orientierung am Branchentarifvertrag	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	14	50	(5)	(2)	81	48	51	47
Bergbau/Energie/Wasser/Abfall	42	75	29	15	29	10	42	48
Verarbeitendes Gewerbe	20	55	14	12	66	33	51	62
Baugewerbe	51	69	(6)	2	43	29	65	65
Großhandel, Kfz-Handel	17	37	12	7	72	56	49	58
Einzelhandel	27	41	6	2	67	57	52	65
Verkehr/Lagerei	20	42	12	13	68	45	45	39
Information/Kommunikation	(7)	15	16	(19)	78	65	26	32
Finanz- u. Versicherungsdienstleistungen	57	81	(0)	2	43	16	30	39
Gastgewerbe u. sonst. Dienstleistungen	26	40	6	3	68	57	45	50
Gesundheit, Erziehung u. Unterricht	30	54	23	10	47	37	53	65
wirtschaftliche, wissenschaftliche und freiberufliche Dienstleistungen	45	43	7	4	49	53	36	37
Organisationen ohne Erwerbszweck	28	53	13	12	59	35	54	61
öffentl. Verwaltung, Sozialversicherung	83	89	16	9	2	2	(81)	63
insgesamt	35	52	12	8	53	40	48	53

<sup>a</sup> Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: IAB-Betriebspanel 2013; WSI-Mitteilungen 4/2014.

Tabelle A6:

Arbeitskosten und Produktivität der Arbeit in ausgewählten Wirtschaftsbereichen Ostdeutschlands (ohne Berlin), 2011 bis 2013

	Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde <sup>a</sup>	Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde <sup>a</sup>	reale Lohnstückkosten <sup>b</sup>
Verarbeitendes Gewerbe			
2011	21,67	33,90	63,91
2012	22,40	33,95	65,97
2013	23,09	33,90	68,09
Baugewerbe			
2011	18,87	21,58	87,48
2012	19,14	21,60	88,60
2013	19,11	22,80	83,83
Handel, Verkehr u. Lagerei, Gastgewerbe, Information u. Kommunikation			
2011	16,99	20,42	83,20
2012	17,40	20,80	83,62
2013	18,04	21,68	83,20
Finanz-, Versicherungs-, Unternehmens- dienstleister; Grundstücks-, Wohnungswesen			
2011	17,78	43,17	41,19
2012	18,48	44,21	41,80
2013	19,02	46,04	41,31
Unternehmen insgesamt <sup>c</sup>			
2011	18,87	30,30	62,30
2012	19,40	30,91	62,74
2013	19,98	32,06	62,33
	<i>Westdeutschland<sup>d</sup> = 100</i>		
Verarbeitendes Gewerbe			
2011	60,81	63,38	95,96
2012	60,44	62,73	96,35
2013	61,21	63,22	96,81
Baugewerbe			
2011	75,30	76,01	99,07
2012	74,08	75,13	98,61
2013	74,36	77,16	96,36
Handel, Verkehr u. Lagerei, Gastgewerbe, Information u. Kommunikation			
2011	68,95	68,17	101,15
2012	68,12	68,06	100,10
2013	69,74	69,55	100,28
Finanz-, Versicherungs-, Unternehmens- dienstleister; Grundstücks-, Wohnungswesen			
2011	62,20	63,27	98,31
2012	62,74	64,35	97,50
2013	63,02	64,98	96,98
Unternehmen insgesamt <sup>c</sup>			
2011	64,98	66,08	98,33
2012	64,54	66,40	97,19
2013	65,41	67,37	97,10

<sup>a</sup> Niveau in Euro, jeweilige Preise. – <sup>b</sup> Lohnstückkosten = (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde)/(Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde)\*100. – <sup>c</sup> Ohne öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, private Haushalte. – <sup>d</sup> Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: Mai 2014); Berechnungen des IWH.

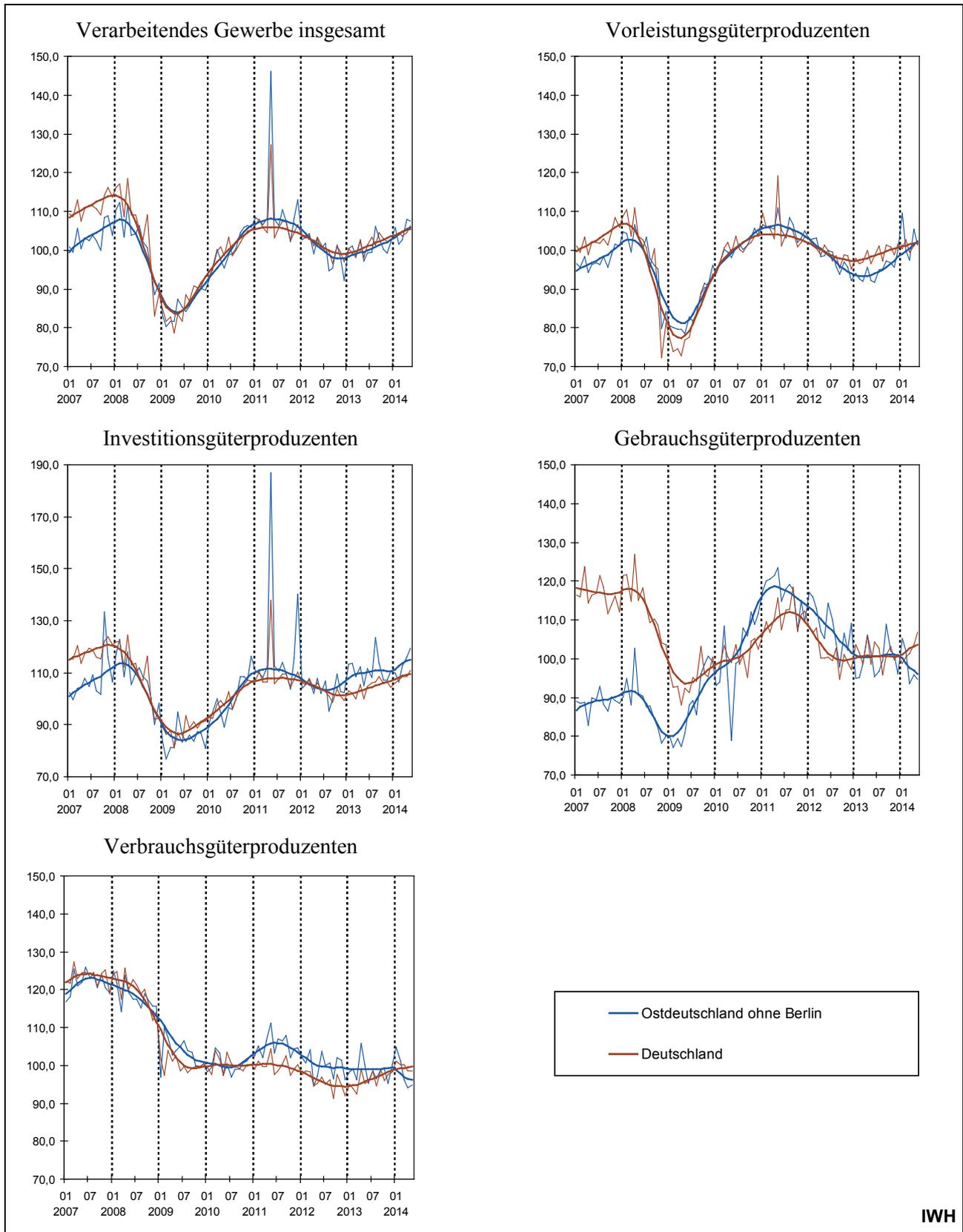
Tabelle A7:  
Exportquoten nach Industriebranchen<sup>a</sup> im Ost-West-Vergleich<sup>b</sup>  
- Anteil Auslandsumsatz am Gesamtumsatz in % -

	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
	Ostdeutschland				Westdeutschland			
Bergbau, Gewinnung Steine, Erden	22,9	6,7	5,8	6,1	10,4	12,5	14,4	17,7
Verarbeitendes Gewerbe	32,0	32,6	33,8	33,8	46,3	46,2	46,6	47,5
<i>darunter:</i>								
Herstellung von Nahrungs- u. Futtermitteln	14,3	15,2	16,3	15,9	20,2	21,0	21,6	22,2
Getränkeherstellung	6,1	6,6	5,2	5,1	10,7	10,7	11,3	12,1
Herstellung von Textilien	33,8	35,9	36,2	36,5	44,8	45,2	45,3	45,7
Herstellung von Bekleidung	15,4	20,5	20,8	20,1	39,3	37,9	38,8	38,3
Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen	23,3	22,7	23,3	26,0	32,1	32,8	32,1	32,3
Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren	32,1	29,1	27,2	27,4	23,1	22,1	21,5	21,0
Herstellung von Papier, Pappe u. Waren daraus	36,6	37,7	38,6	39,8	39,2	38,5	39,6	40,1
Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	14,5	15,4	14,4	15,7	14,5	13,7	13,4	13,2
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	41,1	44,3	45,5	42,4	58,9	59,1	59,9	59,7
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	66,1	65,2	70,1	70,6	61,5	64,6	65,9	65,6
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	31,5	30,9	31,5	31,8	37,7	36,7	37,0	37,6
Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	17,8	16,2	16,0	15,7	27,0	25,7	27,4	27,0
Metallerzeugung und -bearbeitung	38,6	39,6	41,9	42,9	38,0	38,6	38,6	38,8
Herstellung von Metallerzeugnissen	19,5	20,1	20,7	21,7	30,4	30,1	30,3	31,2
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	44,0	44,9	47,9	55,6	56,2	55,4	56,3	58,6
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	33,8	30,9	33,1	32,2	47,2	47,5	48,5	49,1
Maschinenbau	47,0	47,5	49,0	48,3	60,6	60,9	61,0	61,6
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	44,8	45,2	45,1	44,0	63,8	64,0	64,8	65,8
sonstiger Fahrzeugbau	57,4	62,1	59,6	56,9	72,1	65,3	67,7	67,8
Herstellung von Möbeln	19,2	18,9	18,4	17,6	26,3	27,3	27,4	29,2
Herstellung von sonstigen Waren	33,0	33,9	34,2	33,6	50,6	52,1	53,5	53,9
Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	22,2	17,4	20,9	22,2	38,3	34,1	26,8	29,2

<sup>a</sup> Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe. – <sup>b</sup> Ostdeutschland mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

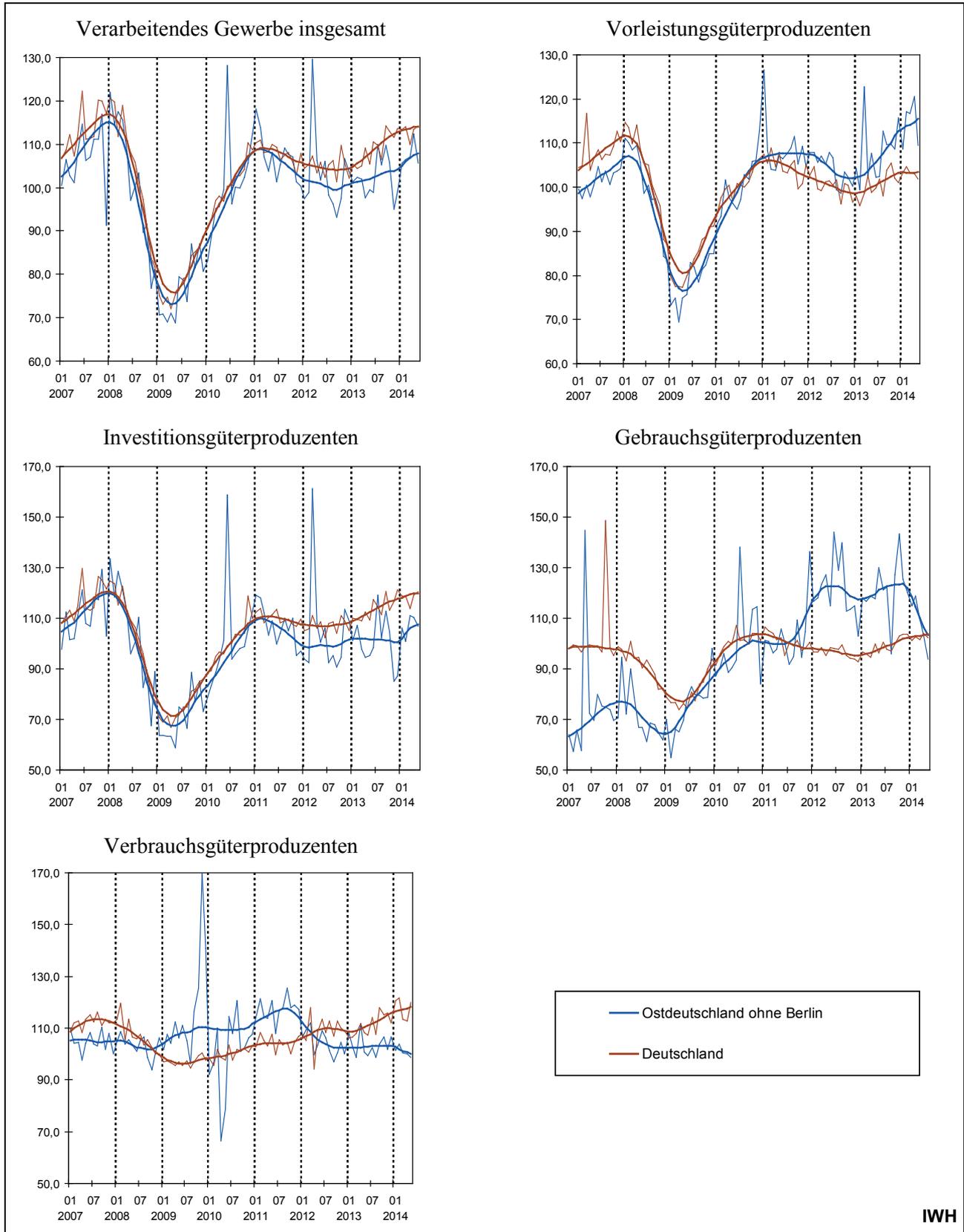
Übersicht 1:  
 Volumenindex des Auftragseingangs aus dem Inland im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands  
 - 2010 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend-Konjunktur-Komponente nach BV4 -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Saisonbereinigung durch das IWH nach Berliner Verfahren (BV4.1.); Darstellung des IWH.

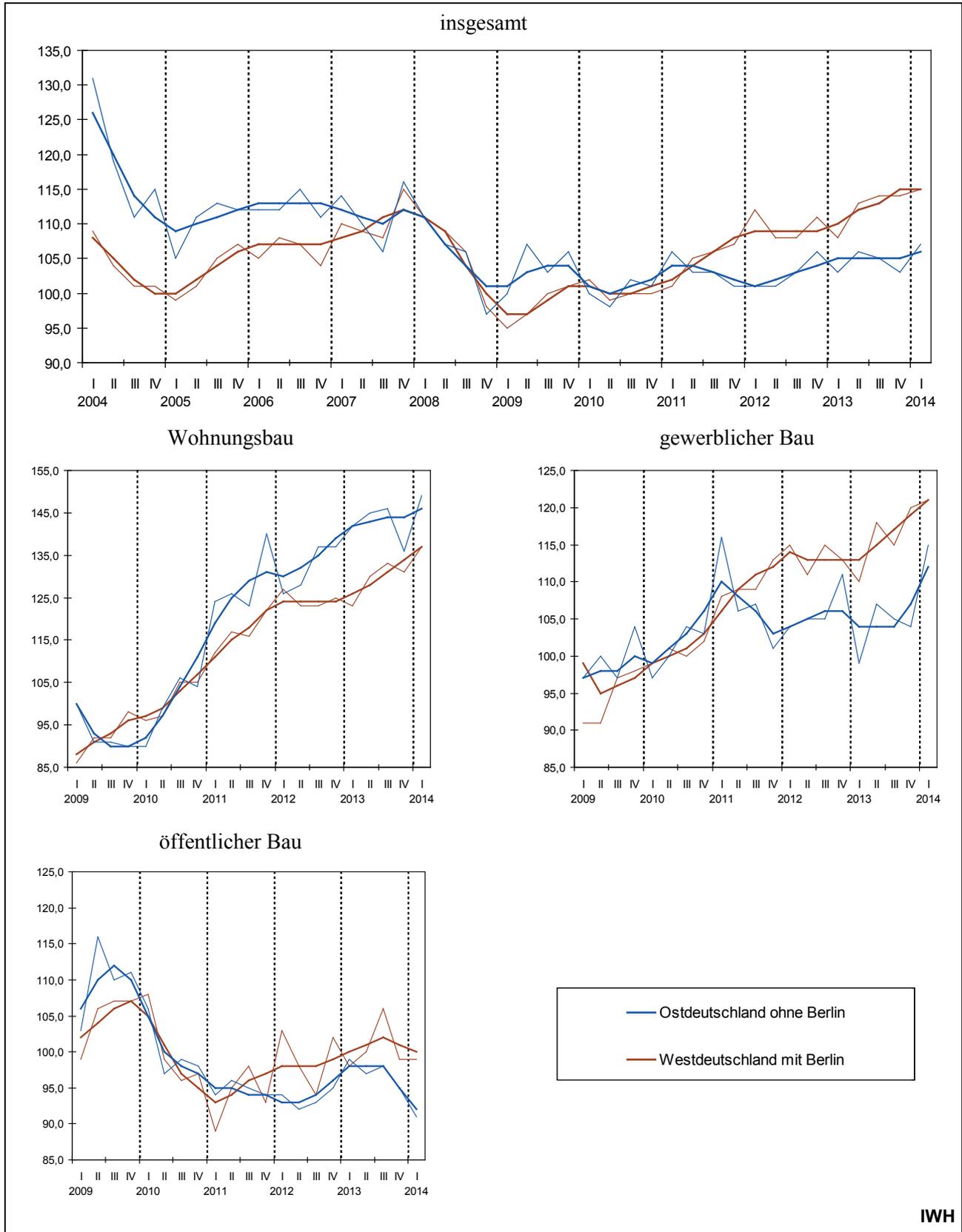
Übersicht 2:

Volumenindex des Auftragseingangs aus dem Ausland im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands  
 - 2010 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend-Konjunktur-Komponente nach BV4 -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Saisonbereinigung durch das IWH nach Berliner Verfahren (BV4.1.); Darstellung des IWH.

Übersicht 3:  
 Volumenindex des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe Ost- und Westdeutschlands  
 - 2010 = 100; preis- und saisonbereinigte Werte; Trend-Konjunktur-Komponente nach BV4 -

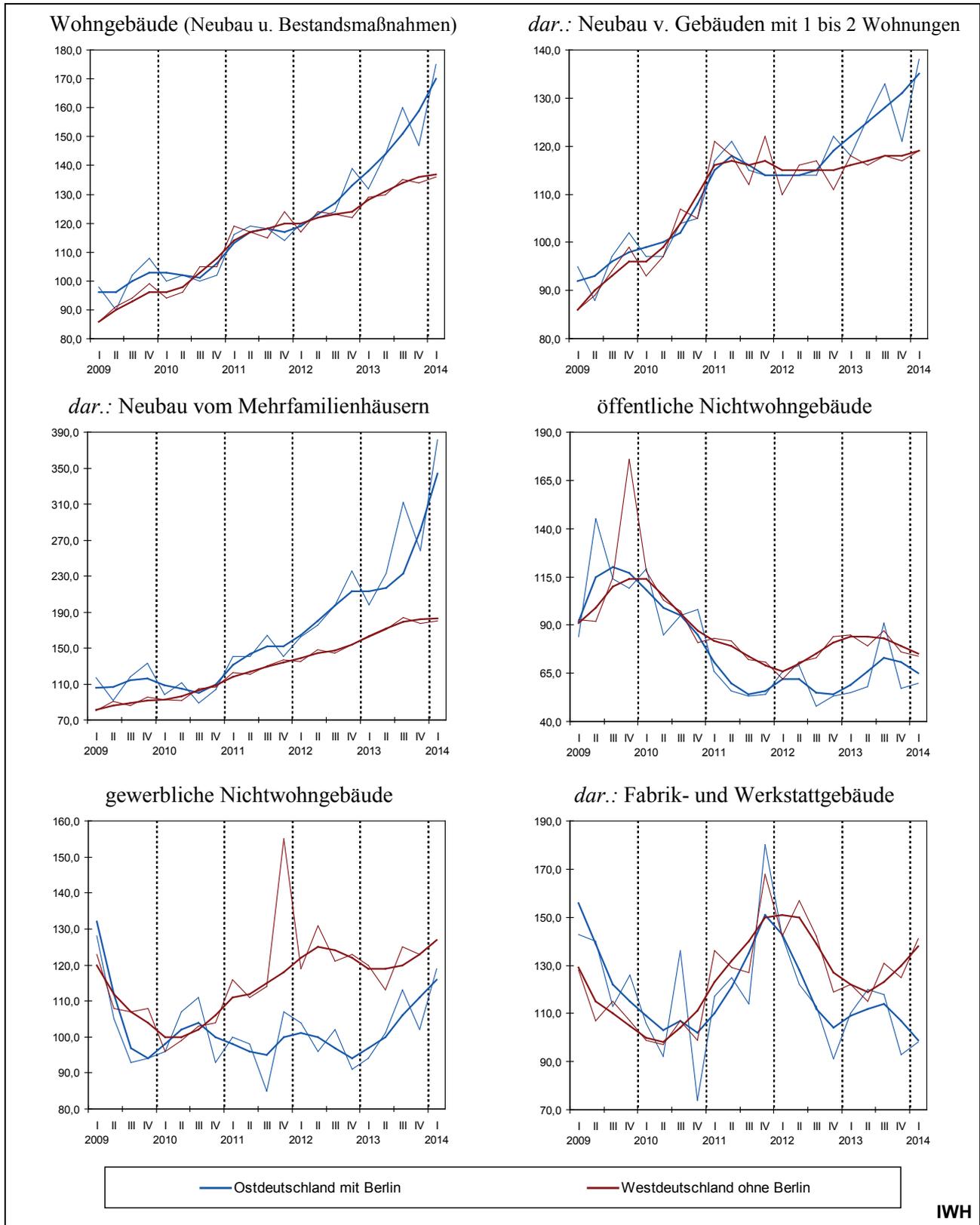


Quellen: Statistisches Bundesamt; Preis- und Saisonbereinigung durch das IWH nach Berliner Verfahren (BV4.1.); Darstellung des IWH.

Übersicht 4:

Baugenehmigungen in Ost- und Westdeutschland

- Veranschlagte Kosten des Bauwerks (2010 = 100); preis- und saisonbereinigte Werte; Trend-Konjunktur-Komponente nach BV4 -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Preis- und Saisonbereinigung durch das IWH nach Berliner Verfahren (BV4.1.); Darstellung des IWH.